

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 202 · 17. JAHRGANG · AUSGABE 11/2011 VOM 8. NOVEMBER 2011 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Eberswalder Spenden-
skandal mit Nachspiel**
EWE-Chef Brinker in der Kritik

7 | **Fünfzehn Jahre
verpaßte Chancen**
Flugplatz Finow

11 | **Plant Eberswalde
für den Klimawandel?**
Bürger – schützt eure Anlagen!

Rudolf Schmidt (1875-1943) – PG Nr. 2 317 620

Die Barnimer Bürgerpost hat das Thema »Rudolf Schmidt« aufgegriffen. Danach ist einiges passiert. Das war gut so. Dies ist nun – vielleicht – der vorerst letzte Beitrag dazu.

Er war Journalist und Heimatforscher. Er lebte in Eberswalde und gab hier jährlich den Heimatkalender heraus. Er wird als Kreishistoriker anerkannt und geschätzt bis in unsere Zeit. So weit, so gut. Das ist die eine Seite der Medaille Schmidt, gewissermaßen in der Qualität PP (polierte Platte) oder gar Spiegelglanz. Die andere Seite ist etwas matter, noch gut erhalten, wenn auch nicht gerade schön (diese Begriffe sind Numismatikern durchaus geläufig).

Herr Schmidt ist im Jahre 1933 der Nazi-Partei NSDAP beigetreten. Er wurde »PG«. Es gibt Eberswalder, sie sind wohl überwiegend im Eberswalder Heimatverein zu finden, die sich weigern, Herrn Schmidt deswegen zu tadeln. Sie verteidigen ihn gar. Er wollte sein beachtliches Lebenswerk nicht gefährden. Er habe seine Familie versorgen müssen. Ihm drohte ohne das Parteibuch ein Berufsverbot.

Solche Argumente kann – man möge mir den Vergleich verzeihen – jeder DDR-Bürger geltend machen, der um Aufnahme in die Reihen der Partei der Arbeiterklasse, gemeint ist die SED, nachgesucht hat. Auch diejenigen, die bereit waren, für das MfS Spitzeldienste zu leisten, können ihre Tätigkeit so entschuldigen. Sind sie deshalb ohne Schuld?

Mit dem Parteibeitrag konnte man sich jedenfalls einen besser bezahlten Posten erkaufen – er war gewissermaßen die Miete für den Arbeitsplatz. Auch ein Spitzel war relativ sicher davor, sich »in der Produktion bewähren zu müssen«. Aber auch ohne Parteibuch mußte man in der DDR nicht hungern oder gar betteln.

Herrn Schmidt hat nichts gedroht. Auch ohne Parteibuch hätten die Nazis seine Schriften nicht verbrannt. Seine Familie hätte auch mit einem kleineren Gehalt nicht hungern müssen. Es gibt keine zuverlässigen Hinweise auf ein drohendes Berufsverbot. Er war ja kein Victor Klemperer. Klemperer ist vielen bekannt als Autor von LTI (Lingua Tertii Imperii – Die Sprache des dritten Reiches). Der mußte bei den Nazis seinen Lebensunterhalt als Straßenkehrer verdienen. Niemand kann allen ernstes behaupten, daß Herrn Schmidt ein solches Schicksal gedroht hätte.

Für seine heutigen Verteidiger ist Schmidt moralisch nicht zu verurteilen. Da frage ich mich, welches Niveau hat »Moral« für diese Leute? Wo hört die Moral auf? Ob Schmidt in seinem Innersten ein Nazi war – das kann wohl kaum jemand beurteilen. Daß der Mann nicht verhindern konnte, selbst wenn er es ernsthaft gewollt hätte, daß Texte mit nazistischem Gedankengut in »seinem« Heimatkalender erscheinen, das ist sicher jedem klar. Eines ist aber auch unbestreitbar: Er hat sein Mäntelchen in den Wind gehängt. Das hat in Deutschland Tradition. Solche Leute, gerade auch solche mit einer glänzenden DDR-Vergangenheit, haben in der Bundesrepublik des vereinigten Deutschland (BRd-vD) schnell Karriere gemacht.

Herr Schmidt konnte – dank Parteibuch – seine Karriere geradlinig fortsetzen. Es ist strittig, aber müßig, ob er das auch ohne Parteibuch gekonnt hätte.

Wer scharf ist auf eine Ehrenmedaille mit dem Konterfei des angepaßten Kreishistorikers Schmidt – solche Leute gibt es – der kann sich ja darum bewerben oder bemühen. Wir müssen denjenigen oder diejenige deshalb nicht tadeln, denn die Medaille gibt es ja nur für eine Lei-

stung, an der wir alle interessiert sein sollten. Die bisher ausgezeichneten sind alle unbestritten ehrbare Leute, die – für uns alle – etwas geleistet haben. Wer die Auszeichnung erhalten hat, der sollte jedoch wissen: Die Schmidt-Medaille hat zwei Seiten und eine davon ist wahrlich nicht blank.

Ich selbst bin in einer beneidenswerten Situation: Niemand kommt auf die Idee, mir die Auszeichnung mit der Schmidt-Medaille anzubieten. Da hätte ich ein echtes Problem. Sollte es jedoch eine Klemperer-Medaille geben, um die würde ich mich gerne bewerben und da hätte ich mit der Annahme keine Probleme, wirklich nicht. Ich würde mich riesig freuen.

JOHANNES MADEJA

Max-Reimann-Denkmal geschändet

Eberswalde (bbp). Das Denkmal für Max Reimann, als antifaschistischer Widerstandskämpfer 1939 bis 1945 eingekerkert, nach 1945 Vorsitzender der 1956 verbotenen KPD in der BRD und ursprünglicher Namensgeber für das heutige Brandenburgische Viertel, rückte in den letzten Monaten als Veranstaltungsort der »Neuen Spartakusgruppe« in den Fokus der Öffentlichkeit.

Die Polizei hatte diese Veranstaltungen zunächst unter fadenscheinigen Gründen verboten, die aber einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhielten. Jetzt ist das Max-Reimann-Denkmal wiederum im Visier der Polizei. Unbekannte haben das Denkmal mit weißer Farbe beschmiert. Unklar ist, ob ein politischer Hintergrund anzunehmen ist.



Legitime Antikriegsaktion

Im November tagen die Gerichte. Der Chefredakteur der Tageszeitung »junge welt« Arnold Schölzel stand am 2. November vor dem Kadi. Die Berliner Staatsanwaltschaft warf ihm vor, daß seine Zeitung einen Beitrag von Inge Viett veröffentlichte, in dem die Autorin die These aufstellt: »Wenn Deutschland Krieg führt und als Antikriegsaktion Bundeswehrausrüstung abgepackelt wird, dann ist das eine legitime Aktion...« Das sei veröffentlicht worden, »um in der jüngeren Vergangenheit in Berlin verübte Brandanschläge auf Fahrzeuge der Bundeswehr (...) zu billigen«. Und um auf diese Weise bei der Leserschaft der jungen Welt »die Bereitschaft zu fördern und zu wecken, gleichgelagerte Taten zu begehen«. Damit stachele die jw dazu auf, »die verfassungsgemäße Ordnung und das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland« zu untergraben. Dummlicher kann kaum argumentiert werden.

Wäre der Verfassungsschutz eine Organisation, die etwas mit ihrem Namen zu tun hat, käme die Berliner Staatsanwaltschaft in ihren Fokus. Denn diese greift gleich mehrere verfassungsmäßige Grundrechte an. Die Pressefreiheit, indem sie einen Redakteur vor Gericht zerrt, weil er seiner Informationsaufgabe nachkommt. Die Meinungsfreiheit, denn mehr als Meinung ist es nicht, was da von Inge Viett zitiert wird. Schließlich zielt die Anklage darauf, den Grundgesetzartikel 20 außer Kraft zu setzen, der jedem Deutschen das Recht zum Widerstand gegen jeden zuerkennt, der es unternimmt, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen. Artikel 26 besagt: Handlungen, die das friedliche Zusammenleben der Völker stören »sind verfassungswidrig«, Angriffskriege sind verboten. Krieg führen darf die BRD nur im »Verteidigungsfall«. Der gilt, wenn vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates festgestellt wird, »daß das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird...«. Den »Verteidigungsfall« gab und gibt es nicht. Dennoch beteiligt sich die Bundeswehr an Kriegen, an Angriffskriegen. Hiergegen hat jeder Deutscher das Recht zum Widerstand.

Inge Viett rief nicht zum Widerstand auf. Sie sinnierte lediglich darüber, daß so ein Widerstand – z.B. durch Abfackeln von Bundeswehrfahrzeugen – legitim sei. Legitim im Sinne von Artikel 20 des Grundgesetzes. Am 23. November steht sie dafür vor Gericht.

Gesetze, zumal das Grundgesetz, scheinen der Berliner Staatsanwaltschaft wenig zu bedeuten. Oder gilt der Grundsatz, unliebsame Meinungen zu unterdrücken? Vorwürfe sind leicht formuliert. Die »Barnimer Bürgerpost« kennt das. Auch die in diesem Jahr im Brandenburgischen Viertel verhängten Versammlungsverbote hielten der anschließenden rechtsstaatlichen Überprüfung nicht im Ansatz stand. Der jw-Redakteur wurde übrigens freigesprochen.

GERD MARKMANN

Jetzt Pfändungsschutzkonten einrichten

Nürnberg (bfa). Zum Jahreswechsel stehen wichtige Änderungen zum Kontenpfändungsschutz an, die insbesondere Kunden aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende (umgangssprachlich »Hartz IV«) sowie Empfänger von Kinderzuschlag beachten sollten. Der bisherige 14tägige gesetzliche Pfändungsschutz von Sozialleistungen fällt zum 1. Januar 2012 weg. Die Bundesagentur für Arbeit rät daher von Kontenpfändung betroffenen Kunden, bestehende Konten schnellstmöglich in ein sogenanntes Pfändungsschutzkonto umzuwandeln.

Durch eine Umwandlung wird automatisch ein Grundfreibetrag in Höhe von 1.028,89 Euro geschützt. Der persönliche Freibetrag kann unter Umständen aber auch höher ausfallen. Dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn auf ein Konto für mehrere Personen Leistungen aus der Grundsicherung überwiesen werden oder wenn auf dem Konto andere Transferleistungen (beispielsweise Kindergeld

oder Kinderzuschlag) eingehen. Die Umwandlung in ein Pfändungsschutzkonto erfolgt auf Antrag durch die kontoführende Bank. Geht der Pfändungsschutz über den persönlichen Freibetrag hinaus, ist ein Nachweis erforderlich. Dieser Nachweis kann über eine Bescheinigung erfolgen. Soweit es sich um Leistungen aus der Grundsicherung handelt, kann diese Bescheinigung beim zuständigen Jobcenter eingeholt werden. Werden Sozialleistungen nur einmalig erbracht, genügt zum Nachweis in der Regel der Bewilligungsbescheid. Für Bezieher von Kindergeld und Kinderzuschlag ist in der Regel der Bescheid der Familienkasse als Nachweis ausreichend.

Wird das Konto nicht rechtzeitig in ein Pfändungsschutzkonto umgewandelt besteht für Leistungsbezieher die Gefahr, daß zum Jahresanfang nicht über eingegangene Geldleistungen, wie zum Beispiel das Arbeitslosengeld II, verfügt werden kann.

NATO-Erfolg kostete 60.000 Menschenleben

»Das war wohl eine der erfolgreichsten Missionen in der Geschichte der NATO«, sagt NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen. Der »Schutz der Zivilbevölkerung« kostete 60.000 Menschen das Leben. Daß da am Ende – das machte letztlich den »Erfolg« aus und war wohl von vornherein Ziel – mit Muammar Al-Ghaddafi das Staatsoberhaupt eines völkerrechtlich anerkannten Staates aus dem Amt gebombt und schließlich ermordet wurde, wird nun gefeiert.

Kleiderkammer geschlossen

Die Kleiderkammer im frisch sanierten Vereinshaus an der Havellandstraße 15 im Eberswalder Ortsteil Brandenburgischen Viertel ist seit Mitte Oktober »aus technischen Gründen« geschlossen. Am Rande einer Trägerberatung im Bürgerzentrum des Brandenburgischen Viertels informierte die Regionalkoordinatorin des Arbeitslosenverband Brandenburg e.V. Petra Bothe Anfang November den Ortsvorsteher, daß die Wiedereröffnung und damit die Trägerübernahme der Kleiderkammer nunmehr für den 1. Dezember vorgesehen ist.

CARSTEN ZINN,

Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels

Bürgerbüro umgezogen

Das Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten der Partei DIE LINKE Ralf Christoffers ist aufgrund geplanter Baumaßnahmen am alten Standort umgezogen und befindet sich jetzt im so genannten »Pankemarkt« hinter dem Panketaler Rathaus unweit des S-Bahnhofs Zepernick. Die neue Postanschrift lautet jetzt: Am Amtshaus 2-2a, Shop3. Die Telefon- und Faxnummern ändern sich voraussichtlich nicht.

Persönliche Vorsprachen sind wie bisher am Mittwoch und Freitag von 9 bis 13 Uhr sowie am Montag und Donnerstag von 13 bis 17 Uhr möglich. Darüber hinaus bitten wir um vorherige Anmeldung.

Die nächste öffentliche Sprechstunde des Landtagsabgeordneten Ralf Christoffers – nun

im neuen Wahlkreisbüro – findet voraussichtlich am 11. November 2011 ab 14 Uhr statt. Zur besseren Koordinierung der Besuchergespräche wird um eine Anmeldung gebeten.

WOLFGANG KRAFFCZYK

Wahlkreisbüro Ralf Christoffers, MdL
Am Amtshaus 2-2a, Shop 3, 16341 Panketal,
Tel.: 030-755 411 77, Fax: 030-531 420 41

Hilfe für Geburtsklinik

Bernau (bm). In diesem Jahr besuchte die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) im Rahmen ihrer parlamentarischen Tätigkeit mehrere Länder in Zentralasien, darunter Tadschikistan (BBP 10/2011). Nun bittet sie um Hilfe für eine Geburtsklinik in diesem Land. Auf der dortigen Frühgeborenenstation erfuhr sie, daß es an allem, vor allem aber auch an Kleidung für die Frühchen fehle. Vielleicht hat die eine und andere Oma Lust zum Stricken oder Babybekleidung von den Enkeln gut verpackt auf dem Boden zu liegen und keine Verwendung dafür. Dagmar Enkelmann bittet: »Helfen Sie!«

Die Spenden können im Bernauer Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten, Berliner Str. 17, dienstags und donnerstags in der Zeit von 9 bis 17 Uhr und an den anderen Tagen nach Vereinbarung abgegeben werden. Die Spenden werden dann über die tadschikische Botschaft an die Geburtsklinik weitergeleitet. Rückfragen bitte unter 03338-459543.

Spendenskandal mit Nachspiel Kulturpreis 2011

Eberswalde/Oldenburg (bbp). Der Eberswalder Bestechungsskandal hat nach der kürzlichen Verurteilung des 2006 abgewählten Bürgermeisters Reinhard Schulz nun ein Nachspiel im fernen Oldenburg. Dort hat der Energiekonzern EWE seinen Sitz. Gegen dessen Vorstandsvorsitzenden Werner Brinker sind jetzt Rücktrittsforderungen laut geworden, weil EWE in direktem Zusammenhang mit dem Kauf der Eberswalder Stadtwerke Spenden auf ein nur dem Bürgermeister zugängliches Konto gezahlt hatte. Für die Ausrichtung der Landesgartenschau, berichtete der Norddeutsche Rundfunk seien damals 307.000 Euro gezahlt worden – unter der ausdrücklichen Bedingung, wie ein persönlich von Brinker und einem weiteren Vorstandsmitglied unterzeichneter Brief vom 9. April 2002 beweist, daß EWE die Stadtwerkeanteile erhält. Nochmals 200.000 Euro flossen im Mai 2005 auf das Schulzsche Spendenkonto, just zu der Zeit, als die Stadt die restlichen Stadtwerkeanteile verscherbelte (vgl. BBP 4/2006).

Während Schulz mit Abwahl und schließlich elf Monaten Haft auf Bewährung bestraft wurde, stellten die Strafverfolgungsbehörden das Verfahren gegen EWE bereits 2007 gegen Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 400.000

Euro ein. Vorstandschef Brinker kam ohne Geldbuße davon, während die Verfahrenseinstellung gegen ein zweites EWE-Vorstandsmitglied mit Bußzahlungen in fünfstelliger Höhe verbunden war (BBP 10/2007). Der EWE-Vorstand informierte damals lediglich das Präsidium des Aufsichtsrats über den Fall. Alle anderen Aufsichtsratsmitglieder wurden nicht benachrichtigt.

In den Schlagzeilen sind EWE bereits wegen überhöhter Gaspreise, die zu Rückforderungen durch Kunden in Millionenhöhe führen. Außerdem ist EWE in einen weiteren Spendenskandal verwickelt. Im Rahmen des Schulprojektes »sign« zur Gewalt- und Drogenprävention hat EWE laut NDR im Jahr 2009 knapp 3,5 Millionen Euro an die Oldenburger Agentur Prevent überwiesen. Doch nur 700.000 Euro sind tatsächlich angekommen. Vom Rest bezahlte die Agentur 1,3 Millionen Euro Gewinn- und Gewerbesteuern an das Land Niedersachsen und die Stadt Oldenburg. Die verbleibenden 1,5 Millionen Euro verbuchte die mit Brinker »befreundete« Prevent-Geschäftsführerin als ihren Gewinn.

Übrigens hatte auch der andere Stadtwerkekäufer E.ON edis »gespendet« und war 2007 mit einem Bußgeld davon gekommen.

Kreistagsfraktion und Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen loben auch in diesem Jahr den Barnimer Kulturpreis aus. Der Kulturpreis 2011 ist wieder mit 750 Euro dotiert. Finanziert wird der Preis durch bündnisgrüne Kreistagsabgeordnete, die ihre Aufsichtsratsbezüge zur Verfügung stellen.

Bewerben können sich ehrenamtlich tätige Kulturschaffende, Vereine und Initiativen, die bereits über einen längeren Zeitraum zur Bereicherung des kulturellen Angebotes im Landkreis Barnim beitragen. Die Kulturangebote können sich sowohl an Kinder und Jugendliche als auch an Erwachsene richten. Bewerbungen und Vorschläge sollten eine anschauliche Darstellung der Ziele und Ergebnisse sowie den Zeitraum der Aktivitäten beinhalten.

Die Unterlagen sind bis zum 25. November in der Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen, Friedrich-Ebert-Str. 2, 16225 Eberswalde einzureichen. Zulässig sind Eigenbewerbungen und qualifizierte Auszeichnungsvorschläge.

Die Bewertung erfolgt durch eine Jury, bestehend aus bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten und Vertretern aus dem Kulturbereich. Im letzten Jahr wurde der Sänger und Cellist Wilfried Staufenberg aus Schönow mit dem Kulturpreis geehrt.

ELKE ROSCH, Kreissprecherin

380-kV-Erdverkabelung:

Hoch gerechnete Kosten

Eberswalde (bbp). Die Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner sieht keinen Grund, von der Forderung abzugehen, die geplante 380-kV-Leitung im Bereich der Stadt unter die Erde zu verlegen. In der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt am 11. Oktober informierte sie über entsprechende Vorschläge der 50Hertz Transmission GmbH, die die Vorhabenträgerin der Stadtverwaltung im August unterbreitet hatte. 50Hertz Transmission habe wenig Interesse, die Forderung nach Erdverkabelung zu erfüllen, meint die Dezernentin. Nach Aussagen von 50Hertz liegen die Kosten für das Erdkabel um etwa das Neunfache über denen der Freileitung. Belegen kann 50Hertz diese Behauptung nicht.

Eine konkrete Kostenkalkulation über die Mehrkosten der Erdverkabelung hatte bereits im Jahr 2007 der Energiekonzern E.ON für fünf Trassen in Niedersachsen vorgelegt. Die Planungen stammen noch aus der Zeit vor der Verabschiedung des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG) und sind durch dieses überholt. »Das EnLAG hat einzig die Funktion, das niedersächsische Erdkabelgesetz auszuhebeln und die Erdverkabelung zu hintertreiben«, sagt der Aktivist für die Erdverkabelung der »Uckermarkleitung« Hartmut Lindner. Das EnLAG sieht bundesweit nur noch vier Pilotprojekte vor, »von denen das am Rennsteig bereits bei der Verabschiedung des Gesetzes als unrealisierbar zu

erkennen war«. Dennoch informieren die 2007er E.ON-Planungen, mit welchen Mehrkosten bei Erdverkabelung tatsächlich zu rechnen ist. Demnach hätten die Gesamtkosten der fünf Projekte mit 45 % Erdkabelanteil weniger als das dreifache der Kosten als Nur-Freileitung betragen. Auch bei Hochrechnung auf 100 Prozent Erdkabel kommt man nur auf fünffache statt neunfache Kosten.

Eine weitere zu hohe Rechnung ergibt sich bei genauerem Hinsehen bei der Zahl der betroffenen Garagen. In der Präsentation der 50-Hertz-Pläne war die Rede von 229 Garagen, die im Falle einer Erdverkabelung vom Abriß bedroht würden. Tatsächlich müßten der 16 Meter breiten Kabeltrasse, die zum Teil neben den Garagen entlang geführt werden kann, weniger als 40 Garagen weichen.

B167-neu hat keine Zukunft

Ob Nord- oder Südvariante, ob Lärmschutzwand oder nicht, das alles wird meiner Meinung nach bald keine Rolle mehr spielen, denn dem Staat gehen angesichts der Milliarden für den Rettungsschirm zur Eindämmung der Finanz-, Euro- und Staatsschuldenkrise die Gelder aus. Und so sind schon ganz andere Projekte beerdigt worden, wie z. B. der Weiterbau des neuen Schiffshebewerkes, wie man hört. Bleiben wir also mal ganz ruhig und warten wir die Bekanntgabe des Abbruchs des relativ kleinen Projektchens B167-neu ab.

Im übrigen war schon in der vergangenen Legislaturperiode bekannt, daß das Bundesprojekt zu keinem Zeitpunkt die Aufgabe hatte, die Verkehrsprobleme von Eberswalde zu lösen.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG, Kreistagsabgeordneter und Stadtverordneter

Investitionskosten der 380-kV-Neubauplanungen von E.ON Netz (ENE) in Niedersachsen

Leitungsabschnitt	Trassenlänge (km)	Kabelanteil (%)	Anzahl der Teilverkabelungen	Kosten Freileitung (Euro)	Kosten Kabel (Euro)	Mehrkosten (Euro)
Wahle – Mecklar	135	45	27	108 Mio	298 Mio	190 Mio
Ganderkesee – St. Hülfe	59	46	37	47 Mio	156 Mio	109 Mio
Wilhelmshaven – Conneforder	41	53	17	33 Mio	107 Mio	74 Mio
Stade – Dollern	18	57	2	14 Mio	44 Mio	30 Mio
Diele – Niederrhein	53	31	19	42 Mio	105 Mio	63 Mio
Summe	306	45	102	244 Mio	710 Mio	466 Mio

Quelle: E.ON Netz, Abschätzung Stand 22.10.2007

Es war Zeit, daß sie geht

Die Leiterin des Staatlichen Schulamtes Barnim-Uckermark geht in den Vorruhestand, berichtete die regionale Tageszeitung. Zur Verabschiedung am 27. Oktober drängten sich laut dem Bericht Schuldirektoren, Lehrer, Amtsmitarbeiter, Bürgermeister (auch der Eberswalder war darunter), Vertreter der Kreise und vom Bildungsministerium. Die Gäste »stehen Schlange, um sich persönlich bei Reuscher zu bedanken«. Zu bedanken? Wofür?

Als Schulamtsleiterin war Brigitte Reuscher maßgeblich für die rigorose Umsetzung der Schulschließungspolitik der letzten zwanzig Jahre verantwortlich. Sie machte sich einen Namen als »Eiserne Lady«, als die »Brigitte, die Erbarmungslose«.



Von den streikenden Schülern der Albert-Einstein-Oberschule umringt, fühlte sich die »Eiserne Lady« Brigitte Reuscher sichtlich unwohl.

Einen Höhepunkt erreichte ihre schul- und bildungsfeindliche Tätigkeit zum Schülerstreik vom Mai 2006 in der Albert-Einstein-Oberschule im Brandenburgischen Viertel. Die Schülerinnen und Schüler haben in den elf Streiktagen viel gelernt, schrieb damals die »Barnimer Bürgerpost« (BBP 6/2006), »über Politik in diesem Land, über die 'Nichtzuständigkeiten' der politisch Verantwortlichen, die Arroganz der Ministerialbürokratie und die Demokratieverbote für ihre Lehrer, die doch eigentlich Vorbild sein sollen«. Brigitte Reuscher hat ihren Teil dazu beigetragen. Gewiß nicht mit »Fingerspitzengefühl« und »enormem Verantwortungsbewußtsein«, das ihr ihre Befehlsgeber vom Bildungsministerium bescheinigen.

Von den Schmeichlern, die das »riesige Geschenkebüfett« der Abschiedsgala bedienten, abgesehen, weint der ex-Schulrätin wohl kaum jemand eine Träne nach. Es war längst überfällig, daß sie ihren Stuhl räumt. Doch bleibt als Perversität, daß sie, die »außerordentlich dankbar« ist über den »Neuanfang, den die Wende brachte« – und ihr den gut dotierten Posten der Schulrätin verschaffte, nun ebenso gut versorgt bereits mit 62 Jahren in Pension geht, während für's Volk die Rente mit 67 erfunden wurde. Daß sich diese Frau dafür feiern läßt – und viele aus der Beamtenkaste kommen, um sie (und letztlich sich selber) zu feiern – offenbart die ganze Erbärmlichkeit.

GERD MARKMANN

Umweltverträglicher Winterdienst;

Zum Wohle der Alleen!

Während sich die meisten Mitbürger des milden Herbstwetters erfreuen, laufen bei Straßenmeistereien und Bauhöfen die Vorbereitungen auf den Winterdienst auf Hochtouren. Unmengen Salz sind schon eingelagert, denn wie jedes Jahr wird hauptsächlich Salz zur Abstumpfung der Straßen verwendet werden. Naturfreunde und Umweltschützer fordern, daß stattdessen wieder stärker auf mechanische Räummethoden und alternative Abstumpfungsmaterialien zurückgegriffen wird.

Jeder Winter richtet durch die großen Mengen an ausgebrachtem Salz erhebliche Schäden an unseren Alleen an. Doch ein umweltverträglicher Winterdienst ist möglich. Der Verzicht auf Salz – zumindest in Alleen – ist sowohl besser für die Bäume, als auch für die Menschen.

Jahr für Jahr werden ca. 1,8 Mio. t Streusalz auf Deutschlands Straßen verteilt. Der Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg hat im Winter 2009/2010 allein auf Bundesstraßen (ohne Bundesautobahnen) über 25.000 t Salz ausgebracht. Das entspricht etwa neun Kilogramm pro laufendem Meter Straße. Das heißt 4,5 kg Salz pro Meter landen im Wurzelbereich der Bäume oder sie versickern und gelangen so in Oberflächengewässer und ins Grundwasser. Zudem greift das Salz die Infrastruktur an.

Eine Vermeidungsstrategie und der Einsatz von Alternativen sind gesamtwirtschaftlich ganz sicher die bessere Lösung als so wei-

terzumachen, wie bisher. Neuinvestition in den Winterdienst müssen künftig stärker auf Umweltverträglichkeit ausgerichtet werden. Da den Gemeinden die Auswahl des Streumittels frei steht, können sie statt Salz auch Granulat oder Splitt verwenden.

Am 4. November stellte Minister Vogelsänger Fahrzeuge des märkischen Winterdienst-Fuhrparks vor. Bleibt zu hoffen, daß Herr Vogelsänger endlich begriffen hat, welche Relevanz ein schonender Winterdienst hat.

CORNELIA BEHM, Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Alleenschutzgemeinschaft e.V.

Die Alleenschutzgemeinschaft ist ein bundesweit organisierter Verein zum Erhalt und Ausbau des Alleenbestandes in Deutschland, deren Mitglieder die namhaften deutschen Umweltverbände, zahlreiche Bundestagsabgeordnete sowie im Alleenschutz engagierte Bürgerinnen und Bürger sind. Die ASG wirbt seit 2002 gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium mit der Kampagne »Deutsche Alleen durch nichts zu ersetzen« für den Alleenschutz.

Wintervorbereitung in Eberswalde

Streugutmenge gegenüber 2010 erhöht, 350 t Salz und 330 t Kies eingelagert

Eberswalde (prest-ew). Nach dem harten und langen Winter 2010/2011 hat der Bauhof der Stadt erneut die eingelagerte Streugutmenge erhöht. So sind für die Wintersaison 2011/2012 nunmehr 350 t Salz und 330 t Kies vorrätig. Der Winterdienst wird nach Leistungsfähigkeit der Stadt mit 24 Fahrzeugen und 45 Arbeitskräften im Zwei-Schichtsystem abgesichert.

Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre heraus, bietet die Stadt Eberswalde ab diesem Jahr eine größere Zahl an Schneeablageplätzen in allen Stadtgebieten an. Für kurze Transportwege. Im Amtsblatt der Stadt, Ausgabe November 2011, wird dazu ausführlich informiert.

Der Bauhof weist außerdem darauf hin, daß die Grundstückseigentümer bzw. Beauftragte

ihrer Reinigungspflicht laut Straßenreinigungssatzung nachkommen müssen. Bis 31. Dezember 2011 ist die Straßenreinigungssatzung vom 1. Februar 2010 noch rechtskräftig. Ab 1. Januar 2012 tritt die geänderte Straßenreinigungssatzung, veröffentlicht im Amtsblatt der Stadt Eberswalde am 15. August 2011, in Kraft. Sie wird zum Termin auch auf der Homepage veröffentlicht.

Bis zum Wintereinbruch gilt es wiederum, den laubreichen Herbst gut in den Griff zu bekommen. Alle Reinigungspflichtigen seien nochmals daran erinnert, daß sie ihr Laub von Montag bis Freitag von 13 bis 18 Uhr und Samstag von 8 bis 14 Uhr an den stadteigenen Kompostplätzen abgeben können.

Naturfreunde Oberbarnim-Oderland e.V.:

Wander-, Radfahr-, und Veranstaltungsplan

Der aktuelle Wander-, Radtouren- und Veranstaltungsplan der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. für die Monate November und Dezember 2011 ist erschienen und hält wieder zahlreiche Veranstaltungen bereit. Von Wanderungen bis Führungen, von Weihnachtsbescherung im Winterwald bis Adventsnachmittage ist wieder für viele etwas dabei. Der Plan liegt seit 4. November 2011 bei den Tourist-Informationen Bad Freienwalde, Ebers-

walde, Wriezen, Strausberg, Bernau, Biesenthal, Angermünde, Wandlitz und Schwedt und im Binnenschiffahrtsmuseum in Oderberg für Interessenten kostenlos bereit. Wer die Möglichkeit der Abholung nicht besitzt, der kann sich den Plan auch kostenfrei zusenden lassen. Einfach unter 03344-333200 kostenlos bestellen. Im Internet ist ebenfalls der aktuelle Plan unter www.berg-frei.de abrufbar.

BERND MÜLLER

Beteiligungsbericht der Stadt Eberswalde:

»Ein Beispiel für Transparenz«

Eberswalde (bbp). Als »bunter« aber »inhaltsleerer« gegenüber den Vorgängerberichten hatten wir in der vorigen Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« den Beteiligungsbericht der Stadt Eberswalde für das Wirtschaftsjahr 2010 charakterisiert. Die Stadtverwaltung ist verständlicherweise anderer Auffassung. Verwaltungsdirektor Bellay Gatzlaff nannte den »in diesem Jahr neu überarbeiteten« Beteiligungsbericht im Finanzausschuß, der am 14. Oktober tagte, als »ein weiteres Beispiel dafür, die Transparenz zu verbessern, weil man sich durch die farbige und übersichtlichere Gestaltung schneller einen Überblick verschaffen« könne. Der Sachbearbeiter wies zudem artig darauf hin, »daß der Beteiligungsbericht über die gesetzlichen Anforderungen hinaus geht«. Zudem würden die städtischen Gesellschaft regelmäßig im Finanzausschuß über ihre Arbeit berichten. Dort könnten dann noch Detailfragen behandelt werden.

Der neue Ausschußvorsitzende Volker Passoke (DIE LINKE), der im September die Nachfolge seines Fraktionskollegen Fred Sponner angetreten hatte, äußerte sich »sehr positiv zum Beteiligungsbericht«, wie die Sitzungsniederschrift festhielt. Bestimmte Vorgänge wür-

den mit Hilfe des Beteiligungsberichtes verständlicher, »auch dahingehend, daß weitergehende Fragen an die Geschäftsführer der Hauptunternehmen gestellt werden können«. Er sehe es auch als positiv, »daß er keine kommentierte Zahlen vorzuliegen hat, so kann sich jeder seine eigene Meinung bilden«.

Albrecht Triller (Die Fraktionslosen) konnte hingegen nicht erkennen, inwiefern der überarbeitete Beteiligungsbericht die Transparenz in kommunalen Unternehmen verbessere. Der vorliegende Bericht realisiere nur die Mindestforderungen. Nach seiner Meinung fehlten Erläuterungen zu den vorgegebenen Zahlen sowie eine Betrachtung der Sparten und deren Ergebnisse. Nicky Nerbe (Bündnis 90/Die Grünen) griff den Gedanken auf und regte an, die »Betrachtung von Sparten und deren Ergebnisse« in den nächsten Beteiligungsbericht aufzunehmen.

Auf die Frage von Stephan Fischer (Sachkundiger Einwohner, FDP) nach den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bei TWE und WHG in Millionenhöhe will die Stadtverwaltung auf der nächsten Finanzausschußsitzung antworten.

Bündnis 90/Die Grünen:

Unmut über Uferverbau an der Schwärze

Die Ende Oktober an der Schwärze zwischen Friedrich-Ebert-Straße und Mikado-Brücke begonnene Baumaßnahme zur Uferbefestigung ruft den Unmut vieler Bürger und auch der Stadtverordneten von Bündnis 90/Die Grünen hervor.

Für uns ist völlig unverständlich, warum die Planung für so eine gravierende und kostenintensive Baumaßnahme den Stadtverordneten nicht zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt wurde. Und das, obwohl bereits die erste Information zu dem Vorhaben im November 2010 im Bauausschuß eine große Diskussion und Kritiken von mehreren Ausschußmitgliedern auslöste.

Eine so unattraktive, naturferne Uferbefestigung mit Stahlspundwänden wäre im Bereich des Schwärzebogens hinter dem Bankgebäude nicht notwendig gewesen. Anstelle dessen hätten z.B. Gabionen oder eine Steinpackung zur Ufersicherung eingesetzt werden können. Da aufgrund des geplanten Wegebau der Uferbereich ohnehin durch die Stadt angekauft werden mußte, bestand die Chance, die auf einem Teilstück bereits vorhandene alte Stahlspundwand, die den Fluss sehr einengt, zu entfernen und das Ufer durchgehend naturnäher zu gestalten. Auch das rücksichtslose Beseitigen aller vorhandenen Bäume und des sonstigen Grüns ist für uns nicht akzeptabel. Insgesamt wurde mit der von der Stadtverwaltung gewählten Variante die Chance für eine ästhetische und ökologischere Gestaltung vertan.

Der Uferwanderweg einschließlich Uferbefestigung wurde im städtischen Bauausschuß le-

diglich als Information behandelt. Bereits zu diesem Zeitpunkt entspann sich eine rege Diskussion zur Wegeführung, zur Notwendigkeit eines Zaunes und zur Uferbegrenzung durch Spundwände. Die Hinweise und Kritiken blieben jedoch weitgehend unberücksichtigt und die Baumaßnahme wurde ohne weitere Einbeziehung der Stadtverordneten ausgeschrieben. Die Baukosten für die gesamte Maßnahme belaufen sich auf ca. 258.000 Euro zuzüglich Grunderwerb.

Die negativen Erfahrungen mit der Planung des Uferweges nehmen wir zum Anlaß, im Stadtparlament eine Grundsatzdiskussion zur Beteiligung der Abgeordneten bei Baumaßnahmen und Freiflächengestaltungen zu führen.

KAREN OEHLER, Fraktionsvorsitzende

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Freie Oberschule Finow e.V.

Biesenthaler Straße 14/15
16227 Eberswalde

www.freie-oberschule-finow.de

Sparkasse Barnim, BLZ 17052000, Konto: 300 003 8689

Generationenspielplätze

Eberswalde (prest-bar). Die Seniorenvertreter des Landkreises haben bei der dritten Kreisseniorenkonferenz am 11. Oktober den Entwurf zu Maßnahmen und Empfehlungen zur Seniorenpolitik im Landkreis Barnim einstimmig verabschiedet. Geladen waren die Mitglieder des Kreisseniorenbeirates, Landrat Bodo Ihrke, die Vertreter der Seniorenbeiräte der Gemeinden, des Landes Brandenburg, der Wohlfahrtsverbände und der Kreistagsfraktionen. Der Entwurf umfaßt Vorschläge zur ärztlichen Versorgung und zum Nahverkehr im ländlichen Raum, zur Arbeit und den Beziehungen zum Nachbarland Polen. Das Papier war im Wesentlichen bereits auf der zweiten Kreisseniorenkonferenz im vergangenen Jahr beschlossen worden. Es wurde anschließend im Ausschuß für Gesundheit, Senioren und Soziales überarbeitet. In der Konferenz am Mittwoch ergänzten die Seniorenvertreter den Entwurf noch um einen Punkt. Er empfiehlt den Bau von Generationenspielplätzen im Landkreis. Ihrke lobte den Beschlußentwurf: »Wir sind eine alternde Gesellschaft. Dem muß Rechnung getragen werden. Die Senioren des Kreises schaffen mit ihren Vorschlägen eine gute Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre«. Der Entwurf wird nun im zuständigen Ausschuß beraten.

NPD hält an Biesenthal fest

Auf einer Informationsveranstaltung am 22. September im Kulturbahnhof Biesenthal ging es im Rahmen der »Antifaschistischen Informationswochen« um die Naziszene im Barnim. Dabei wurde deutlich, daß es zur Zeit keine organisierte Kameradschaft im Barnim gibt und die aktiven DVUler im Rahmen der Parteifusion zur NPD gegangen sind.

Obwohl die NPD dadurch als Sammelbecken für Kameradschaftler und DVUler fungiert, bleibt die Partei im Barnim schwach. Nur wenige bringen sich aktiv ein. Ob die NPD in Biesenthal nach dem Austritt von Mike Sandow überhaupt noch ein Mitglied hat, ist unklar, aktiv ist zumindest niemand. Doch die NPD hält an ihrem Objekt in der Erich-Müh-sam-Straße fest. Im letzten Jahr fand dort ein Camp der neonazistischen »Gemeinschaft deutscher Frauen« (GDF) statt. Die GDF ist eine bundesweite der NPD nahestehende Frauenorganisation. Auch kleinere Veranstaltungen und Schulungen scheinen auf dem Objekt weiter stattzufinden. So soll jeden ersten Freitag ein NPD-Stammtisch stattfinden.

In Biesenthal selbst ist von dem Treiben auf dem NPD-Gelände nichts spürbar. So erklärt sich wohl das auf der Informationsveranstaltung von den 22 TeilnehmerInnen nur 6 aus Biesenthal kamen.

Auf der Veranstaltung wurde auch eine neue Broschüre über die Barnimer Naziszene vorgestellt (Internet-Download: <http://www.megaupload.com/?d=5CYHJS5N>).

Rechercheteam Biesenthal

Kampagne gegen linken Jugendklub DOSTO

Bernau (bbp). Der Bernauer Stadtverordnete Péter Vida (Unabhängige Fraktion) hatte im September schwere Vorwürfe gegen den Jugendklub »Dosto« erhoben. Er, seine Vereinigung und ihre Familien würden von den Mitgliedern des Jugendklubs »denunziert, bespitzelt, verleumdet und psychisch verfolgt«. Als Beispiel nannte Vida eine Broschüre der Antifa Bernau/Barnim, die laut Vida »mit dem Dosto personengleich ist«, mit dem Titel »Nazi-Aktivitäten im Landkreis Barnim«. Darin werden auch die Verbindungen zwischen der »Unabhängigen Fraktion« und der früheren Schill-Par-

tei sowie frühere Aktivitäten Vidas als Burschenschaftler und Autor der rechten Zeitung »Junge Freiheit« thematisiert.

Dies wertete Vida als Versuch, die Unabhängigen, samt der sachkundigen Einwohner und der Kandidaten mit »springerstiefeltragenden, glatzköpfigen, rassistischen Schlägern und Mördern« in einen Topf werfen. Vida spricht von krassen Unwahrheiten, Falschbehauptungen und Erfindungen. »Diese Broschüre ist die Spitze des Eisbergs an Verleumdungen und Denunziationen, die wir und unsere Familien seit Jahren zu ertragen haben«. Er berichtet von anonymen

Hetzschriften, die an Freunde und Arbeitgeber verteilt würden und von Anpöbeleien auf der Straße.

Irgendwelche Beweise konnte Vida bislang nicht vorweisen. Dennoch veranlaßte dieser zwischenzeitlich eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Berlin, mittels welcher dem Dosto-Trägerverein BiF e.V. die wörtliche oder sinngemäße Verbreitung von fünf einzeln spezifizierten Behauptungen in Bezug auf den Kläger Peter Vida unter Androhung eines Ordnungsgeldes oder Ordnungshaft untersagt wird.

Nicht belegte Tatsachenbehauptungen

Grüne distanzieren sich vom Vorgehen Peter Vidas gegen den Bernauer Jugendclub DOSTO

Der Vorstand des Regionalverbandes Niederbarnim von Bündnis 90/Die Grünen distanziert sich von den seitens Peter Vidas (Fraktion »Die Unabhängigen«) am 17.09.2011 öffentlich erhobenen Vorwürfe gegen den Bernauer Jugendclub DOSTO, die momentan weder nachvollziehbar noch substantiell belegt erscheinen. So ist z.B. nicht zu erkennen, daß das DOSTO oder der diese Einrichtung tragenden Verein bif e.V. Urheber der zur Debatte stehenden »Antifa-Broschüre« ist. In dieser Schrift findet sich nur der Hinweis, daß die einzelnen Artikel lediglich die Meinungen der jeweiligen Autoren wiedergeben.

Daraus, daß die sogenannte »Antifa« sich dem DOSTO verbunden fühlt und sich deren Mitglieder dort partiell aufhalten sollen, kann zulässigerweise nicht der Schluß gezogen werden, der Trägerverein bif e.V. oder der Club als solches würde sich die gestellten Behauptun-

gen zu eigen machen. Die seitens des genannten Stadtverordneten behauptete Verantwortlichkeit des DOSTO bzw. seines Trägervereins ist demnach nicht haltbar.

Die von Herrn Vida erhobenen Vorwürfe, der Trägerverein bif e.V. habe gegen die Zweckbindung der ihm zugewandten öffentlichen Mittel verstoßen, wurden kürzlich von Aussagen der stellvertretenden Stadtverwaltung nicht gestützt. Im Gegenteil: Nach Bewertung der eingereichten Unterlagen ist keine Unregelmäßigkeit festgestellt worden.

Der Regionalvorstand Niederbarnim von Grüne/B90 fordert Herrn Vida auf, die gegenwärtige, aus unserer Sicht politische motivierte, »Unterstellungstaktik« gegenüber dem DOSTO zu beenden und seine Vorwürfe, so es ihm denn möglich ist, endlich mit Beweisen zu versehen. Mit bloßen Verdächtigungen kommt man nicht weiter. Nach dem derzeitigen Stand

der Dinge jedenfalls sind die Darstellungen Vidas nicht viel mehr als populistische Meinungsmache mit stark »kampagnenartigem Charakter«.

Im übrigen vertreten wir die Auffassung, daß das DOSTO ein unverzichtbarer und zu fördernder Bestandteil der Bernauer Jugendarbeit bleiben muß und auch in Zukunft seine bislang gute Jugendarbeit, im Interesse vieler Jugendlichen, fortführen sollte.

Abschließend bemerkt, ist es durchaus das Recht und die Pflicht einer Kommune, sich um die Verwendung ihrer Gelder und die Qualität der Kinder- und Jugendeinrichtungen zu kümmern. Es ist andererseits sicher nicht die Aufgabe eines Stadtparlamentes einer, wie auch immer ausgerichteten, politischen Bewegung mittels der »Finanzschraube« unliebsame Kritik vom »Hals zu schaffen«.

STEFAN STAHLBAUM

Empörende Meinungsmache

Die Barnimer Jusos erklären ihre Solidarität zum Bernauer Jugendtreff DOSTO

Die Faktenlage für eine Kampagne gegen das DOSTO ist reichlich dünn: Weder kann es mit den Urhebern der »Barnimer Antifa Recherche« in einen Topf geworfen werden, noch können hinreichende Beweise für einen direkten Zusammenhang zwischen DOSTO der Bernauer Antifa vorgezeigt werden, bis auf die Tatsache, daß die Bernauer Antifa in ihrem Impressum die Adresse des DOSTO benutzt. Dies ist allerdings nichts besonderes, viele Antifa-Initiativen greifen auf die Adressen von lokalen Jugendclubs zurück.

Die Kritik um »zu dreckige Toiletten« schlägt dem Faß den Boden aus. Herr Goral besuchte das DOSTO direkt nach einer größeren Veranstaltung. Die Toiletten waren entsprechend dreckig und noch nicht gereinigt. Es ist voreilig, hierbei gleich auf einem Grundzustand zu schließen.

Die Jusos finden es empörend, wie hier von einigen Meinungsmache gegen einen Jugend-

club gemacht wird. Das Motiv ist klar: unliebsame Andersdenkende Mundtod machen! Schon werden Unkenrufe laut, daß der DOSTO ein »weltanschaulich neutraler, unpolitischer Jugendclub« werden soll. Gerade weil das Freizeitangebot und die Anzahl von Jugendclubs in Bernau und Umgebung nicht übermäßig hoch ist, benötigen bestehenden Einrichtungen eine weitreichende und konstante Unterstützung. Speziell das DOSTO bildet eine attraktive Möglichkeit für Jugendliche z.B. eine kostengünstige Party zu veranstalten und ihre Freizeit dort zu verbringen. Deswegen finden wir es schlichtweg unerträglich, daß solch eine Kampagne gegen einen von Jugendlichen anerkannten Freizeitraum betrieben wird.

Ferner kritisieren wir erneut den viel zu verkürzten Extremismus-Begriff, der in der Debatte immer wieder auftaucht. Die meisten seriösen Politikwissenschaftler/innen lehnen diesen Begriff ab. Insbesondere die Gleichstellung von

Auszeichnung für Ehrenamt 2011

Eberswalde (prest-ew). Auch 2011 werden wieder besonders engagierte Bürgerinnen und Bürger für ihre ehrenamtliche Tätigkeit ausgezeichnet. Die AG »Ehrenamt« bittet um schriftliche Vorschläge mit aussagekräftiger Begründung. Vorschläge bis 9. Dezember 2011 (Poststempel) an: Stadt Eberswalde, Barbara Ebert, Breite Straße 41-44, 16225 Eberswalde, Email: b.ebert@eberswalde.de ein.

»Links-« und »Rechtsextremismus« gilt als nicht mehr zeitgemäß und birgt die Gefahr, rechte Strukturen zu vernachlässigen und rechte Straftaten zu verharmlosen. Diese Kritik geht leider auch an die Adresse unserer eigenen Partei.

Nach unseren Erfahrungen stehen die Aktiven im DOSTO ohnehin auf den Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung und leisten eine gute Arbeit. Wir fordern die Angesprochenen Personen sich zu den Vorwürfen, die in der Broschüre gemacht wurden, zu äußern anstelle Kampagnen zu starten.

TOBIAS THIMM und FLORIAN GÖRNER
<http://jusos-barnim.sozi.info/>

Flugplatz Finow: 15 Jahre verpaßte Chancen (1)

von Johannes Madeja

1994 starteten 33 Kampfflugzeuge der Typen MIG 29 und MIG 23 zum letzten Mal in Finow und donnerten Richtung Heimat Rußland. Zurück blieb ein halbwegs aufgeräumter Platz – oberflächlich betrachtet – nun in deutscher Hand. Im Untergrund schlummerten kerosinverseuchter Boden und jede Menge Altmunition – vergraben und versteckt, nicht nur von den Angehörigen der Roten Armee sondern auch von der deutschen Wehrmacht. Für diese Altlasten ist der Bund zuständig, d.h. die Beräumung des Geländes bezahlen wir alle irgendwann mit unseren Steuergeldern.

So ein Flugplatz ist Last und Chance zugleich. Zunächst waren wir alle froh, daß nun endlich Ruhe, im wahren Sinn dieses Wortes, eingekehrt war. Eine überwiegend schweigende Mehrheit hat jedoch schnell die Chancen des Platzes für die Entwicklung der Region erkannt. Es waren insgesamt acht Varianten der Nachnutzung des Platzes untersucht worden. Die dicke Studie wurde heiß diskutiert. Ergebnis: Es sollte ein Flugplatz bleiben, passend zugeschnitten für den Bedarf der Region.

Bereits seit 1992 liefen in der Kreisverwaltung die Vorbereitungen für die Umwidmung des Platzes in einen zivilen Flugplatz. Stadtverwaltung Eberswalde und Kreisverwaltung Barnim kamen zu regelmäßigen Treffen zusammen, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Sie bestellten für die weitere Entwicklung auf dem Platz je einen nebenamtlichen Geschäftsführer. Hauptaufgabe der beiden Geschäftsführer war die Aufrechterhaltung des Flugbetriebes. Dazu bedurfte es eines sog. Genehmigungsänderungsverfahrens. Das wurde Ende 1993 abgeschlossen – da waren die MIGs alle noch da.

Eine ABM-Gruppe der Gemeinde Finowfurt war zwei Jahre lang darum bemüht, Kenntnisse über den Platz zu gewinnen, Bestandsunterlagen zu sammeln und zu sichern. Es gab gute Kontakte zur Kommandantur auf dem Platz. Die Militärs, nun nicht mehr Besatzung sondern unsere Gäste, waren kooperativ. Sie erlaubten erste zivile Starts und Landungen.

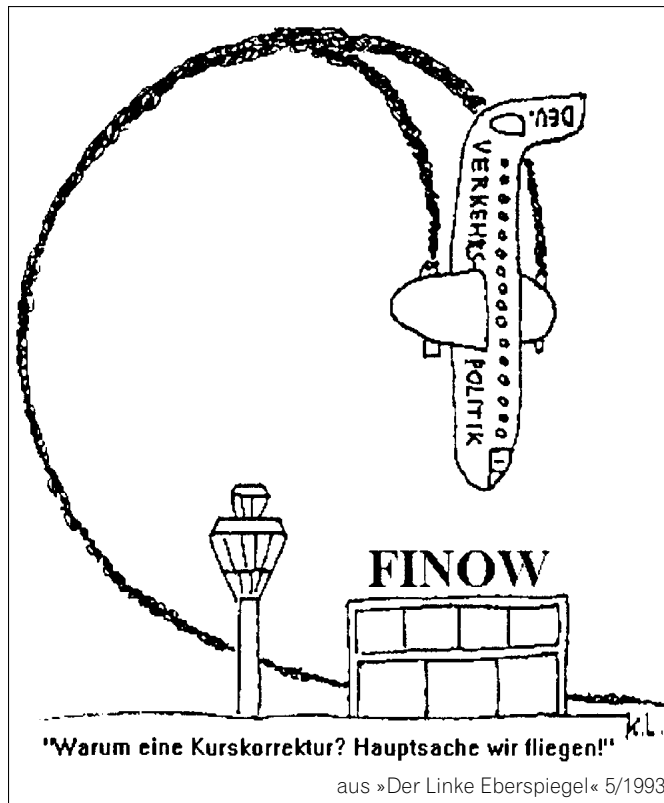
Ein bedarfsgerechter Flugplatz

Nach dem Abzug der GUS-Truppen war eine weitere ABM-Gruppe der Stadt Eberswalde, nun unmittelbar auf dem Platz, um eine Iststandaufnahme bemüht und hat in Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung erste Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen eingeleitet.

Parallel gab es weiter die Arbeitsgruppen Flugplatzkonversion der Stadt Eberswalde und der Kreisverwaltung, die das Genehmigungsänderungsverfahren begleiten sollten. Für den Fall, daß der Flugbetrieb unterbrochen wird, drohte nämlich die Betriebsgenehmigung zu erlöschen – und das wollten nur wenige.

Schnell war ein neuer »Tower« aus Containern errichtet und mit diesem Provisorium konnte der Flugbetrieb fortgesetzt werden – nun auf ganz kleinem Niveau, d.h. nur mit kleinen Flugzeugen mit bis zu 14,5 t Abflugmasse nach Sichtflugregeln.

Es gab eine kleine Gruppe von Leuten, denen auch diese Entwicklung der Mini-Version eines Flugplatzes gar nicht schmeckte. Die



Mehrheit wohnte in der Nähe der Start- und Landebahn, z.B. in der Fliegersiedlung in Finow, ehemaliges Wohngebiet für sowjetische Fliegeroffiziere, oder in einem neuen Wohngebiet »Aeropark Finowfurt«. Sie wollten, daß der Flugplatz vollständig verschwindet und gründeten eine Bürgerinitiative, die lauthals ihren Willen bekundete. Zunächst einmal mußten die alten Namen der Wohngebiete in Flugplatznähe verschwinden. Die Fliegersiedlung hieß nun Märkische Heide und der Aeropark nur noch schlicht Melchower Ring.

Höhenflüge

Bereits 1994 traten aber auch Leute auf den Plan, denen es nicht in erster Linie darum ging, einen bedarfsgerechten Flugplatz zu entwickeln sondern die großen, für den zivilen Flugbetrieb nicht mehr benötigten Flächen für ihre Zwecke kommerziell zu nutzen. Um Handlungsfreiheit zu erlangen strebten sie an, die Geschäftsführung der Flugplatzgesellschaft in dafür geeignetere Hände zu legen, was auch gelang. Akteure waren der Landrat, die Bürgermeister von Finowfurt und Eberswalde, ein jetzt eilig eingesetzter Geschäftsbesorger – hauptamtlich versteht sich – und ein Herr Josef Brandstetter, ein flugbegeisterter junger Bauunternehmer aus Österreich, dem es ge-

lungen war, das Vertrauen der Kommunalverwaltungen zu erlangen. Die Errichtung von Abwasserkämen im öffentlichen Auftrag war das bevorzugte Geschäftsfeld der Firma Brandstetter. Es war offenbar nicht schwer, die entsprechenden Aufträge zu erhalten, wenn man es geschickt anstellte. Einladungen zu Abendessen z.B. mit Flug nach Ahlbeck haben dem Aufbau einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Entscheidungsträgern sicher nicht geschadet. Den Bürgern wurde eine stürmische Entwicklung versprochen mit vielen hundert Arbeitsplätzen.

Mit Brandstetter in die Pleite

Derweil wurden auf dem Platz Veränderungen

sichtbar. Der bei Übergabe/Übernahme aufgeräumte Platz verkam deutlich sichtbar zu einer Müllhalde, auf dem »Bahnhof« türmten sich riesige Altholzberge und südlich der Landebahn wurden Abfälle und Erdstoff gelagert zur Kompostierung, so wurde das bezeichnet.

Mit dem Flugbetrieb ging es nicht so recht voran. Immer wieder gab es Verhandlungen mit Vertretern der Landesregierung über Zusatzgenehmigungen, jetzt in Regie des Herrn Brandstetter als Geschäftsführer. Letztlich ging es darum, daß Herr Brandstetter den Platz nach eigenem Geschmack nutzen und betreiben wollte, natürlich auf Kosten der Landesregierung, der Kreisverwaltung und der Kommunen. Das hat nicht funktioniert. Bald, aber nicht rechtzeitig genug, entpuppte sich Herr Brandstetter als Scharlatan. Diejenigen, die vor ihm gewarnt hatten, aber nicht gehört worden waren, hatten recht behalten. Mit dem Wegbrechen der öffentlichen Aufträge wurde die Firma Brandstetter immer kleiner und verschwand mit dem Chef selbst schließlich ganz, der sich nur durch seine Flucht einer Strafverfolgung entzogen hat. Bilanz: Allein die Stadtkasse von Eberswalde war um 3,25 Millionen DM leichter geworden. Auf dem Platz ging es nun darum, die Hinterlassenschaften des Herrn Brandstetter wegzuräumen.

Konstruktiv und anregend

Gespräch des ver.di-Erwerbslosenvertreters mit dem Vorsitzenden der Trägerversammlung des Jobcenter Barnim

Eberswalde (bbp). Ende Oktober empfangen Carsten Bockhardt (CDU), stellvertretender Landrat und zugleich Vorsitzender der Trägerversammlung des Jobcenter Barnim, und Angelika Kahl, in der Kreisverwaltung für Angelegenheiten des Sozialgesetzbuches (SGB) II zuständig, den ehrenamtlichen Vorsitzenden des Erwerbslosenausschusses im ver.di-Bezirk Uckermark-Barnim Carsten Zinn zu einem Gespräch. Veranlaßt wurde das Treffen durch eine Anfrage von Carsten Zinn in der Einwohnerfragestunde des Kreistages im September zur bisher praktizierten Intransparenz des Jobcenter-Beirates, der als beratendes und empfehlendes Gremium der Trägerversammlung eine wichtige Rolle spielt (vgl. BBP 9 u. 10/2011).

Carsten Bockhardt sicherte zu, die Namen und Kontaktdaten der Beiratsmitglieder auf der Internetseite des Landkreises Barnim und der Bundesagentur für Arbeit Eberswalde zu veröffentlichen. Damit erhalten interessierte Bürgerinnen und Bürger einschließlich der Vertreter von Erwerbslosen- und Betroffenenverbänden die Möglichkeit, in direkten Kontakt mit den Beiratsmitgliedern zu treten und gegebenenfalls das Agieren des jeweiligen Beiratsmitgliedes konstruktiv und kritisch zu hinterfragen.

Der Vorsitzende der Trägerversammlung griff Zinns Anregung auf, künftig dem ehrenamtlichen Beiratsvorsitzenden Volker Passoke (DIE LINKE) nach vorheriger Absprache die Teilnahme an der Sitzung der Trägerversammlung zu ausgewählten Tagesordnungspunkten einzuräumen. Carsten Zinn schlug außerdem vor, Akteure und Sozialpartner der öffentlichen Beschäftigungsförderung zeitnah in den Diskussionsprozeß zur Erarbeitung des Barnimer Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2012 einzubeziehen.

Kritisch bemerkte der Vorsitzende des ver.di Erwerbslosenausschusses, daß dem Jobcenter-Beirat bisher keine Vertreter der Erwerbslosen- und Betroffeneninitiativen, einschließlich dem Barnimer Migrations- und Integrationsbeirat, angehören. Diese fehlende Interessenvertretung der Betroffenen sei kein Ruhmesblatt für den Landkreis und das Jobcenter Barnim.

Zugleich bat Carsten Zinn den Ersten Beigeordneten und Wirtschaftsausschusses der Probleme der Kosten der Unterkunft (KdU) bei Leistungsbeziehern zur Grundsicherung des Lebensunterhaltes (Hartz IV) im Fokus zu haben. Auch aus Sicht des Programmes ERNEUER.BAR. Dies betreffe insbesondere Ortsteile mit sozialen Herausforderungen, wie

zum Beispiel das Brandenburgische Viertel in Eberswalde und die Wohngebiete Süd und Puschkin-Viertel in Bernau. Dort wohnen viele Hartz-IV-EmpfängerInnen in unsanierten Wohnungen mit entsprechend hohen Heizkosten, die im Endeffekt den Kreishaushalt immens belasten.

Schließlich wies der Erwerbslosenvertreter auf mögliche Interessenkonflikte des Beiratsvorsitzenden Passoke hin. Als niedergelassener Rechtsanwalt vertritt Passoke u.a. MandantInnen in deren Rechtstreiten mit dem Jobcenter. Ihm sei daher dringend angeraten, eine neutrale Möglichkeit zu finden, um seine ehrenamtlichen Amtsgeschäfte als Beiratsvorsitzender jederzeit transparent und unabhängig zu führen. Ein diesbezügliches Agieren über seine Rechtsanwaltskanzlei entspricht dem keinesfalls und verletzt die notwendige Neutralität und Unabhängigkeit als Beiratsvorsitzender.

»Das Gespräch mit dem Vorsitzenden der Trägerversammlung des Jobcenters Barnim und seiner SGB-Stabschefin war sehr anregend und konstruktiv«, bewertet Carsten Zinn das Treffen. »Mein Dankeschön gilt Herrn Bockhardt und Frau Kahl, daß sie mir so zeitnah die Möglichkeit einräumten, die Anliegen der ver.di Erwerbslosen zu thematisieren und zu besprechen.«

Einstiger Leuchtturm in die Pleite gewirtschaftet

Geschäftsführer von Hertzberg beantragte zum zweitenmal die Insolvenz für das Walzwerk Finow

Seit 2006 ist das Walzwerk Finow Bestandteil des Konzerns FSB Finow Stahl. Insgesamt beschäftigte der Konzern 2008 rund 380 Mitarbeiter, davon 210 im Walzwerk Finow. Damals ließ sich Geschäftsführer von Hertzberg noch für neue Investitionen feiern.

Schon damals geriet Patrick von Hertzberg in die Kritik, weil Tarifverträge gekündigt und Walzwerk-Mitarbeiter innerhalb des Konzerns in andere Unternehmen umgesetzt wurden (BBP 2/2008). Im Februar 2009 ging dann die Botschaft durch die Presse, daß 36 Mitarbeiter von noch 188 Mitarbeitern den Blauen Brief erhalten sollen. Infolge der Finanzmarktkrise seien die Aufträge um 75 Prozent zurückgegangen. Insbesondere die Deutsche Bank als einer der Hauptgläubiger dränge auf die Entlassungen, hieß es damals (BBP 3/2009). Dennoch konnte die Entlassungswelle offenbar abgewendet werden. Auch unter Nutzung des Mittels der Kurzarbeit. Doch half das nur kurze Zeit.

Im Juli 2010 beantragte die Geschäftsführung des Walzwerkes die Insolvenz. Diesmal verschwand ein Drittel der Arbeitsplätze. Die verbleibenden 142 Arbeiter sollten künftig von Kurzarbeit verschont bleiben. Zusätzlich sollte im Walzwerk die 35-Stunden-Woche abgeschafft werden. Der Betriebsrat akzeptierte und die Geschäftsführung setzte die Entlassungen in äußerst rabiater Weise um. Vor allem langjährige, erfahrene Mitarbeiter wurden von heute auf morgen vor die Tür gesetzt. Schon damals wurde die Ahnung geäußert, daß dem

Betrieb damit auch eine Menge Know How unwiederbringlich verloren ging, was sich später rächen würde. Als im Dezember 2010 das Land eine Bürgschaft zusagte, schien das Walzwerk gerettet. Doch die Rettung währte nur ein dreiviertel Jahr. Die zweite Insolvenz bedeutet allem Anschein nach das endgültige Aus für den Finower Traditionsbetrieb. Entlassungen, Lohnverzicht, Arbeitszeitverlängerungen – von all dem haben jene Beschäftigten, die das alles über sich ergehen ließen, nichts. Außer geringere Arbeitslosenbezüge. Da tröstet es nur den Geschäftsführer, daß beim Schwester-Unternehmen Finow Automotive der Umsatz und sogar in geringerem Maße die Mitarbeiterzahl nach dem Einbruch von 2009 auf neue Spitzenwerte stiegen.

Zur FSB Finow Stahl Beteiligungsgesellschaft mbH gehören neben dem Walzwerk Finow (Geschäftsführer: Patrick von Hertzberg, Umsatz 2008: 63 Mio Euro, Mitarbeiter 2008: 210, 2010: 141) gehören die Finow Automotive GmbH (GS: Hagen Hänelt und v. Hertzberg, Umsatz 2010: ca. 25 Mio Euro, MA 2010: ca. 100), die STAWA Stahlbau GmbH Eberswalde (GS: Andreas Friese, MA 2008: 69), die WWF Solar GmbH (GS: René Bela König) und die Industrie- und Innovationszentrum GmbH (GS: v. Hertzberg)

1993 gab es noch gemeinsame Kampfkationen von Finower Walzwerkern und Rohrleitungsbauern, Eberswalder Kranbauern sowie Britzer Eisengießern. 2011 funktioniert proletarische Solidarität nicht einmal mehr innerhalb des Konzernverbunds. Bereits 2010 gab es Vermutungen, wonach das Walzwerk bewußt zugunsten der Schwesterbetriebe »ausgeschlachtet« werde. Ein Stahlhändler aus Chorin monierte damals in der regionalen Tageszeitung, er versuche seit Jahren, vom Walzwerk Rohre und Kastenprofile zu kaufen. Er sei aber immer wieder vertröstet worden.

Im Barnim-Blog schrieb ich damals (31.07.2010): »Nachdem der Unternehmer seine Unfähigkeit, den Betrieb erfolgreich zu leiten, tatkräftig unter Beweis gestellt hat, wäre es nun eigentlich Aufgabe der Belegschaft, die Interessen des Betriebs – und ihre eigenen – in ihre Hände zu übernehmen.« Ein Ex-Linker erschrak damals, weil er das als Aufforderung verstand, daß »die Arbeiter den Eigentümer in einem revolutionären Akt enteignen« sollen. Davon hatte ich nicht geschrieben und die Walzwerker hatten das offensichtlich auch nicht so verstanden. Was sie möglicherweise aus heutiger Sicht bereuen.

GERD MARKMANN

FDP Eberswalde:

Handlungsspielräume statt Beileid

Am 7. Oktober war Helmut Metzner Gast des Ortsverbandes Eberswalde der FDP. Metzner war für den Bundestagswahlkampf der FDP als Abteilungsleiter Strategie und Kampagnen der Bundesgeschäftsstelle in Berlin maßgeblich eingebunden und zuletzt Büroleiter von Guido Westerwelle. Heute ist er als selbständiger Politikberater und Journalist tätig.

Die Mitglieder und Sympathisanten der Liberalen in Eberswalde mit FDP-Landesvorsitzenden Gregor Beyer, MdL, und Bürgermeister Friedhelm Boginski diskutierten mit ihrem Gast über die Zukunft der FDP. Trotz einer eher durchwachsenen Bilanz der Regierungskoalition zur Halbzeit der Legislatur im Bund hält Metzner die Liberalen weiter für unentbehrlich: »Nur die fortschrittlichen Minderheiten verändern die Welt.«

Die Liberalen seien in Deutschland nie eine Massenbewegung gewesen. Er erinnerte die Anwesenden an die Worte der Gründerin der Wochenzeitung »Die Zeit« Marion Gräfin Dönhoff: Der legitime Platz der Liberalen sei zwischen allen Stühlen. Umso wichtiger sei es, liberale Werte wie Menschenwürde, Mündigkeit und die Vorzüge der Marktwirtschaft zu betonen. Sie seien das Gegenmodell zur Entmündigung und Bevormundung aller anderen Parteien in Deutschland. Die Bürger müßten durch werteorientierte Bildungspolitik zur Achtung von Freiheit und Eigentum und die eigenständige Gestaltung ihres Lebens ertüchtigt wer-

den. Dabei komme der Familie eine erste wichtige Rolle zu. »Die meisten Eltern wissen selbst am besten, was für ihre Kinder gut ist.« Sie müßten in ihrer Verantwortungsbereitschaft gestärkt und unterstützt werden.

Die Liberalen sollten selbstbewußt auf ihre Leistungen für niedrige Arbeitslosigkeit und damit den Wohlstand in Deutschland hinweisen. Es bleibe aber viel zu tun, wenn Arbeit sich für jeden wieder lohnen soll. Die Führung der Partei müsse geschlossen für gute Arbeitsergebnisse in der Koalition kämpfen und diese positiv herausstellen. Dazu müsse die Kommunikation von Mängeln aufhören.

Der Liberalismus erstrebe aus seinem Selbstverständnis heraus eine prosperierende Gesellschaft, die sich gegenüber den Bedürftigen solidarisch verhält. Die Idee der Freiheit, davon seien Liberale überzeugt, ist aus sich sozial. Sie müsse das nicht durch mißverständliche Etiketten wie »müthelnder Liberalismus« unterstreichen. Die Menschen brauchen Handlungsspielräume und kein Beileid.

STEPHAN FISCHER

DIE LINKE:

Taugt sie noch als Bürgerschreck?

Die Partei »Die Linke« verabschiedete am vorletzten Oktoberwochenende auf ihrem Parteitag in Erfurt ihr erstes Parteiprogramm.

Genauer gesagt, verabschiedete der Parteitag den Programmentwurf, denn noch müssen die Parteimitglieder in einer Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung befinden. Das spielt in der medialen Berichterstattung selbstredend keine Rolle. Derartige Abstimmungen werden vom bürgerlichen Mainstream – wie die hysterischen Reaktionen auf die griechische Volksabstimmung über das »Hilfspaket« der EU zeigen – ohnehin eher als »Gefahr für die Demokratie« wahrgenommen.

Der Tagungsort Erfurt hat Symbolcharakter. Dort hatte im Jahr 1891 die alte, damals noch revolutionäre Sozialdemokratische Partei Deutschlands nach ihrem Sieg über die »Sozialistengesetze« Bismarcks ihr Parteiprogramm – das »Erfurter Programm« – beschlossen. »Die Linke« beansprucht mit ihrer Symbolik nicht mehr und nicht weniger als die Nachfolge der traditionsreichen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Da paßt, daß Gregor Gysi ganz nebenbei den »Überwarter« der Nachkriegs-SPD Willy Brandt für »Die Linke« vereinnahmt.

Während das alte »Erfurter Programm« der SPD von 1891 auf vier Seiten Platz fand, füllt das Erfurter Programm des Jahres 2011 über fünfzig Seiten. Dessen ungeachtet stieß die

bürgerliche Presse sofort auf die »Ungeheuerlichkeiten« des Programms. »Linke strebt Verstaatlichungen an«, (unter)titelte die Märkische Oderzeitung. Das sonntägliche Anzeigenblatt des gleichen Verlags erschreckte seine Lesergar mit der Schlagzeile »Die Linke will harte Drogen legalisieren«. Das läßt die Bildungsbürger gruseln.

Fünfzig Programmseiten in zwei Schlagzeilen verfrachtet, die das Programm der Linken dann sogar zum Thema einer von CDU/CSU beantragten »Aktuellen Stunde« des Deutschen Bundestags machten. Einen derartigen PR-Erfolg hatte »Die Linke« seit langem nicht mehr. Die Koalitionsparteien merken nichtmal mehr, wie sehr sie sich der Lächerlichkeit preisgeben.

Die Partei kämpfe »für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst«, formulierte die SPD 1891 kurz und knapp. Das 2011er Programm braucht mehr Worte. Ob und inwieweit die fünfzig Seiten Parteiprogramm der Linken tatsächlich zum Erschrecken der Besitz- und Bildungsbürger taugen, kann inzwischen im Internet nachgelesen werden (<http://www.die-linke.de/partei/dokumente/programmderpartei/dielinke/>).

GERD MARKMANN

Barnimer Grüne im Streit

Panketal (bbp). Im August des Jahres hatten Grünen-Mitglieder in Panketal einen eigenen Ortsverband gegründet. Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes versagte nun, wie es in einer Pressemitteilung der Kreissprecher Elke Rosch und Stefan Böhmer heißt, »mit deutlicher Mehrheit das Einvernehmen« zur Gründung des neuen Ortsverbandes. Laut Landessatzung von Bündnis 90/Die Grünen setzt die Gründung eines Ortsverbandes das Einvernehmen des Kreisverbandes voraus. Gründe für die Ablehnung werden in der Pressemitteilung ebensowenig genannt, wie jene für die Gründung des Ortsverbandes.

»Als Basisorganisationen und einzig legitime Vertretung von Bündnis 90/Die Grünen vor Ort«, heißt es in der Pressemitteilung abschließend, »agiert im Bereich Panketal weiterhin der Regionalverband Niederbarnim, der die Parteimitglieder aus Panketal einschließt«.

Uckermarkleitung

Angermünde (cb/bbp). Die Brandenburger Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm (Bündnis 90/Die Grünen) und ihre Kollegin Ingrid Nestle, Sprecherin für Energiewirtschaft, trafen sich am 26. Oktober mit der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat«. Die Bürgerinitiative informierte die Abgeordneten über die Ergebnisse des Vor-Ort-Termins, zu dem einen Monat zuvor das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe eingeladen hatte.



»Auf dem Weg zu 100 Prozent erneuerbaren Energien müssen die Stromnetze ausgebaut werden«, erklärt Cornelia Behm. »Umfang und Art und Weise des Ausbaus sind jedoch heftig umstritten. In sensiblen Gebieten wie dem Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin muß die von der 50 Hertz Transmission GmbH geplante Uckermarkleitung als Erdkabel verlegt werden. Anderenfalls würde die einzigartige Landschaft, die unter dem Schutz der UNESCO steht, zerstört werden.« Die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat« setzt sich für eine Erdverkabelung ein.

Vom 3. ver.di-Bundeskongreß (Teil 2):

Aus »frei und sozial« wurde freiradikal

von Kersten Artus

Vom 17. bis 24. September trafen sich in Leipzig 1.000 Delegierte der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. »Vereint für Gerechtigkeit« war ein Motto der Bundesdelegiertenkonferenz, doch viele Beschäftigte fühlen sich nicht mehr von ver.di vertreten.

Manche Berufsgruppen suchen sich eigene Verbände, viele ÄrztInnen, JournalistInnen. Auch der Beamtenbund (DBB) ist eine starke Konkurrenz für die Dienstleistungsgewerkschaft. Der Konflikt um diese Standesinteressen ließ ein Maß an Selbstkritik vermissen. Vereint für Gerechtigkeit – soll dies nicht für die Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften und spezielle Berufsgruppen gelten?

Der Marburger Bund, die Stimme der standesbewußten ÄrztInnen, stieg schon vor Jahren aus der gemeinsamen Tarifarbeit mit ver.di aus. Ist das unsolidarisch oder die Folge des Sammelsuriums der nunmehr zehn Jahre alten ver.di, vom Müllmann über die ErzieherInnen über die IngenieurInnen und auch die LeiharbeiterInnen vertreten zu wollen?

Ver.di hat trotz Matrix (Fachbereiche/Ebene) ein Kompetenzproblem bei jenen, die spezifische Interessen haben. Etliche AntragsstellerInnen forderten zudem noch ein Ende der Tarifunion mit dem DBB. Ob sich ver.di hiermit bei den BeamtInnen profiliert, darf bezweifelt werden. Denn es sind objektive Prozesse, die die Interessen spalten:

1) Mit dem Ende der DDR ging die größte Konkurrenz der westlichen Marktwirtschaft auf deutschem Boden unter. Aus »frei und sozial« wurde freiradikal und aus den neuen Bundesländern ein tariffreies Billiglohnland, weitgehend aufgekauft von westdeutschen und transnational tätigen Unternehmen. Bis heute gelten in Ost und West verschiedene Lohnsysteme. Kritik, daß im neuen Bundesvorstand niemand aus dem Osten vertreten ist, gab es dennoch nur leise am Rande des Kongresses.

2) Die Deregulierung des Normalarbeitsverhältnisses schuf ein neues, millionenstarkes »Heer« von prekär Beschäftigten, das die Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung drückt und die Gewerkschaft unattraktiv er-

scheinen läßt – vor allem für die Jugend: befristet Beschäftigte, Leiharbeitende, MinijobberInnen, Ein-Euro-JobberInnen. Sie zerstören Belegschaften, zerlöchern die Mitbestimmung, verhindern kollektive Bewußtseinsbildung. Schädlich für die Gewerkschaftsbewegung, vernichtend für Tarifvertragswerke.

3) Die Rente erst ab 67, die wachsende Altersarmut und der Pflegenotstand spalten die Gesellschaft in jene, die noch durch Arbeit ihr letztes Lebensdrittel sorgenfrei durchschreiten und in jene, deren Lebensqualität und gesundheitliches Wohlbefinden stark eingeschränkt wird. Wer heute noch Geld zurücklegen kann, um die spätere Pflege in einem gut ausgestatteten Heim oder mit einer privaten Pflegefachkraft zu Hause zu finanzieren, kann sich entspannt zurücklehnen. Doch diese Gruppe schrumpft. Beschlossen wurde: ver.di tritt für die Beibehaltung und Stärkung der paritätisch finanzierten gesetzlichen Rentenversicherung in einem umlagefinanzierten, mit solidarischen Umverteilungselementen ausgestatteten System ein, das – ergänzt um eine betriebliche Altersversorgung – eine lebensstandardsichernde Alterssicherung gewährleistet und damit vor Altersarmut schützt. Die Vermeidung von Armut im Alter muß Vorrang vor deren Bekämpfung haben. Deshalb muß verstärkt dort angesetzt werden, wo Armut (im Alter) entsteht – im Erwerbsleben. Denn die gesetzliche Rentenversicherung kann kein Reparaturbetrieb für eine verfehlte Arbeitsmarktpolitik sein! ...

Leiharbeit in seinen die schlimmsten Facetten wird von ver.di bekämpft. Dennoch konnte sich der Kongreß nicht dazu durchringen, langfristig die Abschaffung zu fordern. Auch das Verhältnis Stammbelegschaft – Leiharbeitende wurde zu großzügig bemessen und soll bei maximal zehn Prozent liegen. Beschlossen wurde

Equal Pay und Equal Treatment ab dem ersten Tag des ersten Einsatzes ohne tarifliche Abweichungsmöglichkeiten, sowie eine Flexibilitätsszulage von zehn Prozent. Die Dauer des Arbeitsverhältnisses muß die Dauer des Einsatzes beim entleihenden Betrieb überschreiten. Ein Mindestlohn bzw. eine Lohnuntergrenze ist auf der Grundlage des zwischen der DGB-Tarifgemeinschaft und den Arbeitgeberverbänden BZA und iGZ abgeschlossenen Mindestlohntarifvertrag zu vereinbaren. Bei allen Schwellenwerten des BetrVG, des KSchG, des DrittelBG und des MitbestG sind Leiharbeiterinnen/Leiharbeiter einzubeziehen bzw. zu berücksichtigen. Konzerninterne Leiharbeit ist zu verbieten. Bezogen auf die Anzahl der Stammbeschäftigten dürfen maximal zehn Prozent Leiharbeiterinnen/Leiharbeiter beschäftigt werden. Verstärkte Aufklärungsarbeit bei Betriebsräten in allen ver.di-Fachbereichen über Rechte, Pflichten und Zuständigkeiten bei der Betreuung von Zeitarbeitskräften. Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes als Teil der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Stärkung der betrieblichen Interessenvertretung. Erzwingbare Mitbestimmung des Entleih-Betriebsrats über den Einsatz von Zeitarbeitskräften sowie die tarifliche Eingruppierung und Vergütung gemessen am Arbeitsplatz des Zeitarbeitnehmers im Entleih-Unternehmen. Beim Einsatz von Zeitarbeiterinnen/Zeitarbeitern ist eine Übernahmequote mit dem Betriebsrat zu vereinbaren, wenn die Anzahl höher als fünf Prozent der Gesamtbeschäftigten ist und/oder die Einsatzdauer mehr als drei Monate beträgt. Das deutsche Recht muß an die Bestimmungen der EU-Richtlinie angepasst werden um den Schutz der Beschäftigten zu gewährleisten, insbesondere bei tariflichen Abweichungen vom Gleichbehandlungsgrundsatz.

Brandenburgisches Vergabegesetz verkündet

Das Brandenburgische Vergabegesetz wurde am 21. September 2011 im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg verkündet. Das Gesetz regelt ab dem 1. Januar 2012 den Mindestlohn, den Anwendungsbereich für die Auftragsvergaben durch öffentliche Auftraggeber des Landes Brandenburg sowie die Prüfungen und Kontrollen durch die Vergabestellen.

So findet das Gesetz ab einem geschätzten Wert von 3.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) für Liefer-, Bau- oder Dienstleistung Anwendung. Bis zu einem voraussichtlichen Auftragswert

von 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer), bei Bauleistungen 50.000 Euro (ohne Umsatzsteuer), finden nur die §§ 2 und 14 Anwendung. Dieses Gesetz ist gleichfalls anzuwenden für Unternehmen, die nicht öffentlicher Auftraggeber sind, jedoch mit der Wahrnehmung oder Durchführung einer öffentlichen Aufgabe beauftragt sind.

Bei Aufträgen durch öffentliche Auftraggeber des Landes Brandenburg ist dann ein Arbeitnehmerbruttoentgelt von mindestens 8,00 Euro je Arbeitsstunde zu zahlen. Bei einer Lieferleistung gilt dies für die mit der Anlieferung

zusammenhängenden, insbesondere Transport, Aufstellung, Montage und Einweisung zur Benutzung.

Bei Zuwiderhandlungen gegen das Brandenburgische Vergabegesetz kann eine Vertragsstrafe von maximal 10 Prozent verhängt werden. Neben der Kündigung soll weiterhin bei schuldhafter Pflichtverletzung ein Ausschluss an der Teilnahme am Wettbewerb um öffentliche Aufträge von bis zu drei Jahren ausgesprochen werden.

AXEL BERNHARDT, Unternehmensberatung der Handwerkskammer Cottbus

Plant Eberswalde für den Klimawandel? (Teil 2)

Bürger – schützt eure Anlagen!

Der erste Teil des Artikels (BBP 10/2011) stellte fest, daß Haupttendenz der Stadtentwicklung in Eberswalde das Überbauen fast aller Freiflächen im Altstadtzentrum und als Konsequenz deren weitgehende Versiegelung ist. Krasse Beispiele dafür sind große mit Platten belegten Areale (Markt, Bahnhofsvorplatz/Busbahnhof). Aber auch im privaten Bereich (Höfe, Gärten) wurden ehemals offene Flächen nach 1990 versiegelt. Wir fragten daher, ob die Stadtentwicklung in Eberswalde dem gegenwärtigen demographischen und klimatischen Wandel gerecht wird. Hier werden nun die von den Planern bewußt – zugunsten von Kapitalinteressen – vernachlässigten Funktionen innerstädtischer Freiflächen an Beispielen dargestellt.

Funktionen und Wirkungen innerstädtischer Grünflächen sind seit langem untersucht. Neues ist dazu wenig zu sagen. Der folgende Überblick kann aber dennoch nützlich sein, weil Wirkungsvielfalt des Stadtgrüns und sein Wert für die Wohnqualität nicht genügend im öffentlichen Bewußtsein verankert sind. Das erklärt, weshalb städtische Baulobbies so wenig Widerstand finden. Auf die Rolle des Stadtgrüns bei Arten- und Biotopschutz wird unten nicht eingegangen, weil dieser stark propagierte Gesichtspunkt hinsichtlich Wohnqualität und Klimawirkung eher untergeordnet ist. Es sei betont, daß die einzelnen Funktionen der Grünflächen ein Gesamtgefüge bilden. Ihre einzelnen Wirkungen können sich nicht gegenseitig vertreten, auch sind kleine Grünflächen in Streulage nicht durch wenige große ersetzen. So argumentieren nämlich die Bauinteressenten in Stadtverwaltungen (Bürgermeister, Baudezernenten und in ihren Diensten stehende Planer).

– Die Erholungsfunktion ist nach Erfahrung des Autors der nahezu einzige Aspekt, dem Eberswalder Stadtplaner Beachtung schenken. Dies deshalb, weil sich damit am bequemsten umgehen läßt. Man schreibt diese Funktion aus-

schließlich den wenigen größeren Freiflächen zu, etwa dem Weidendamm-Park, oder gar nur dem Wald außerhalb des Stadtgebietes. Kleineren Grünflächen kann man dann, zumal, wenn dort zeitweilig wenige Bürger anzutreffen sind, Erholungswert überhaupt absprechen und sie so als entbehrlich hinstellen.

– Als ästhetische Wirkungen von Grünflächen im Stadtgebiet sind zu nennen (Greiner/Gelbrich 1974): Vermeidung von Monotonie, Trennung von Baubereichen (Strukturbildung) und Maßstabbildung, schließlich Repräsentation, Betonung von Blickpunkten, Herausheben oder Isolation einzelner prominenter Gebäude vor allem durch Gehölzgruppen (Foto). Solche stadtgestalterischen Wirkungen sind vom Erholungswert einer Anlage völlig unabhängig, werden aber von der Öffentlichkeit selten wahrgenommen, sind auch der Eberswalder Stadtplanung leider völlig fremd.

– Die lufthygienische Wirkung besteht aus der Sauerproduktion und CO₂-Bindung während der täglichen Lichtphase. Hinzu kommt die wirksame Filterwirkung gegen Feinstäube (vor allem durch Gehölzpflanzungen). Beide Wirkungen werden im Hinblick auf die Wohnqualität meist unterschätzt.



– Die klimatische Wirkung beruht auf der Speicherung des Niederschlagswassers, das von versiegelten Flächen rasch abfließt und von der Kanalisation abgeführt wird. Offene Freiflächen schaffen mittels Verdunstungskälte »Kälteseen« und bewirken einen klimatischen Ausgleich gegenüber den versiegelten Flächen, deren Abdeckungsmaterialien die eingestrahlte Energie speichern und so die Durchschnittstemperatur in den verdichteten Stadtzentren (»Wärmeinseln«) erhöhen. Asphalt, von der Bauverwaltung aus Kosten- und Lärmschutzgründen als Straßendecke bevorzugt, erweist sich noch vor Beton als wirksamster Wärmespeicher (Abb. 1). Wie sich Grünflächen einerseits, hoch verdichtete Bauzonen andererseits auf die Lufttemperatur auswirken, zeigen Messungen in Westberlin (Abb. 2). In Bonn, dessen Zentrum Tallage und große versiegelte Freiflächen aufweist, treten markante Wärmeinseln und Schwüle zonen auf (Abb. 3). Hier ist »der relativ kleine Hofgartenkomplex selbst im Mittel 3,2° kühler als einige kaum hundert Meter entfernte Punkte des Stadtkerns.« Dort ist der stark wärmebelastete Raum um Münsterplatz und Markt durch die Universitätsgebäude (im Plan schwarz) riegelartig vom Hofgarten getrennt.

Wie gehen heute Kommunen angesichts dieser Fakten mit dem Klimawandel planerisch um, welche Mittel zur Gestaltung des Stadtklimas stehen Gebote. Wir werden diesbezüglich die Planung zweier Städte betrachten: Bonn und Berlin.

ROLF RICHTER

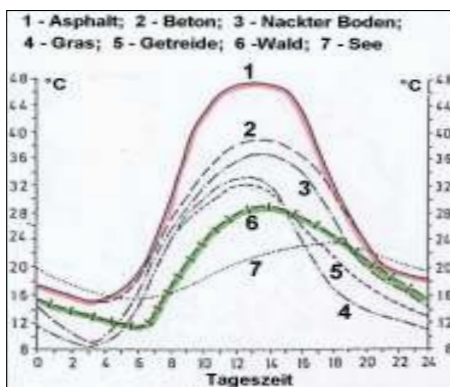


Abb. 1: Tagesgang der Temperatur über verschiedenen Bodenbedeckungen (nach Claaben 1993)



Abb. 3: Wärmeinseln (W) im Zentrum von Bonn und Kühlwirkung der Hofgartenanlage (Hg) (nach Edmonds in Vogler/Kühn 1957).

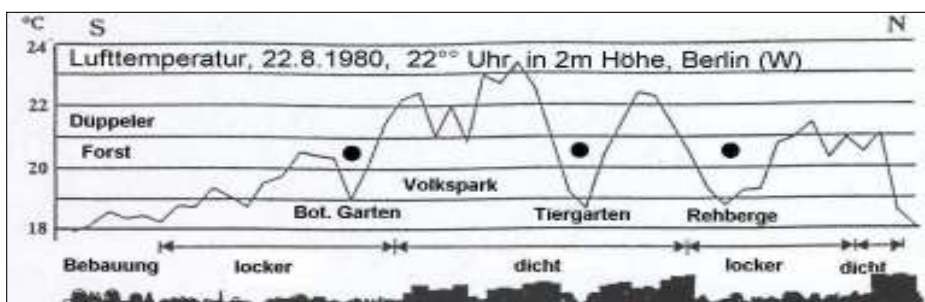


Abb. 2: Wirkung von Bebauung und Grünflächen auf die Temperatur in Berlin (nach Claaben 1993).

Literatur:
 D. CLAASSEN, Die Stadt. Lebensraum im Wandel. Braunschweig 1994.
 R. GEIGER, Das Klima der bodennahen Luftschicht. Braunschweig 1961.
 J. GREINER, H. GELBRICH; Grünflächen in der Stadt. Berlin/DDR 1974.
 U. OTTE ua, Stadtentwicklungsplanung Bonn. Klimagutachten des Deutschen Wetterdienstes. 2. Aufl., Bonn 1991.
 H. EDMONDS, Stadtklimauntersuchungen am Beispiel Bonn, in: P. VOGLER, E. KÜHN (Hg), Medizin und Städtebau, 2 Bde, München-Berlin-Wien 1957, 2/132-156.

Friedrich Engels und die Dialektik (Teil 1)

1.) Engels schrieb 1879 unterm Stichwort »Dialektik«: Die allgemeinsten Gesetze der Entwicklung von Natur, menschlicher Gesellschaft und des Denkens selbst reduzieren sich (siehe MEW 20 S. 348) »der Hauptsache nach« auf die folgenden drei: »das Gesetz des Umschlagens von Quantität in Qualität und umgekehrt; das Gesetz von der Durchdringung der Gegensätze; das Gesetz von der Negation der Negation.« Kurze Definitionen deuten dem Leser an, wovon die Rede sein wird. Bleibt der Leser dabei stehen, sind sie witzlos und können sogar heimtückisch wirken.

2.) Friedrich Engels hat – freilich auf mehreren hundert Seiten – eine implizite Definition der Dialektik entwickelt, indem er sich auseinandersetzte mit Erkenntnissen der Naturwissenschaften sowie mit menschlicher Geschichte und menschlichem Erkennen. Um eine propädeutische Vorstellung davon zu geben, seien Stichworte genannt, unter denen Engels – immer noch andeutungsweise – das Universum dem Leser vorführte: *Negation der Negation* (120 ff.); *Teil und Ganzes* (118, 250); *Entweder/Oder und Entwicklung samt Sowohl-als-auch* (21, 482); *Repulsion/Attraktion* (315-513), *Zufälligkeit und Notwendigkeit* (488), *Freiheit und Notwendigkeit* (106); *Wirklichkeit und Möglichkeit* (186); *Allometrie der Entwicklung* (349 und 446); *fehlerhafte Kreisläufe* (257); *Kapitalisten und Proletarier* (u.a. 243); *abstrakt und konkret* (491); *Verstand und Vernunft* (491); *Induktion und Deduktion* (494); *Anarchie und Organisation der Produktion* (255); *Arbeitsteilung* (272). Die Nummern verweisen auf Seiten in MEW 20, auf denen man mit Blättern anfangen kann, um sich aufs Studium einzustimmen.

Wie lernt man dialektisch denken?

Engels wußte: Auch Fleiß im Wahrnehmen der Texte, die seine Stichworte umgeben, reicht nicht, um dialektisch denken zu können. Nur sehr selten gelingt es einem außerordentlich kreativen Denker, intuitiv anwendbare Problemlösungen zu finden, zum Beispiel als Erfinder. Dieser Kreative ist dann immer überrascht, wenn man ihm sagt: »Du hast ja dialektisch gedacht.« Gebraucht wird also – um Dialektik zu definieren – ein neuer Ansatz. Doch dazu muß man weiter ausholen:

Man muß sich vorstellen, wie die Menschen im Alltag denken. Die meisten Menschen überlassen sich den Medien. Und Medien berichten über events, über auffällige Augenblicke. Doch über Entwicklung? Da hilft auch nicht das Internet. Philosophen der SED zielten auf »Entwicklung in Natur, in der Gesellschaft und im geistigen Bereich«. Doch den meisten fiel es zu schwer, sich selber dem bürokratischen Denken zu entwinden. Die deklarierte Promotion dialektischen Denkens blieb auf der Strecke. So verharrten viele Menschen – wie schon Hegel sich ausdrückte – »im Dunkel des gelebten Augenblicks«.

So auch im Jahre 1918: Der Kaiser ging, nach vier Jahren Völkermord, man sprach nun von »Republik«. Doch die Soldaten zog es zu ihren Familien, Weihnachten stand vor der Tür, einige Proletarier versteckten ihre Frontgewehre daheim im Kleiderschrank. Schon bald wurden die Klarsichtigen ermordet: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Warum fällt es den Proletariern so schwer, dialektisch zu denken? Hinaus über das Dunkel des gelebten Augenblicks? Weil ihnen schon der Augenblick viel Achtsamkeit abfordert. Weil sie abends müde sind. Weil die Schule versagt.

Doch mehr noch fällt ins Gewicht: Die meisten Menschen sind durch ihr Tagewerk gewöhnt, mit Ziegelsteinen oder Betonklötzen oder Tischen und Stühlen oder Rohren, Drähten und Maschinenteilen zu arbeiten, sie wollen es mit Anfaßbarem zu tun haben. Wunderbar, die meisten Akademiker können das nicht. Doch im Geschichtsunterricht haben auch Akademiker nur von Ereignissen gehört, die »im Dunkel des seinerzeit gelebten Augenblicks« liegen. Nur fühlen sie sich nicht aufs Anfaßbare fixiert: Sie reden von »Evolution«. Doch »Revolution« halten sie für ein plötzliches Ereignis, als würde ein Ziegelstein zerschlagen und durch einen anderen Ziegelstein ersetzt. Entwicklung zu denken fällt auch ihnen schwer. Auch Büro-Arbeiter sind nicht besser dran. Sie arbeiten nach festen Regeln, und sie verstehen die Regeln so scharf umrissen wie Ziegelsteine und Normteile.

Was ist der Unterschied zwischen Ziegelstein und Grashalm? Zwischen Grashalm, Baum und Wald? Der Ziegel soll fest und von Dauer sein, er entwickelt sich nicht. Er ist anfaßbar und hat scharfe Kanten. Zwischen Ziegel und umgebender Luft läßt sich genau unterscheiden, da gibt es keinen allmählichen Übergang.

Auch einen Grashalm kann man anfassen. Der Halm treibt Blüten, die Blüten treiben Früchte, nach Engels ein Beispiel für »Negation der Negation«. Doch der Grashalm braucht Wochen, und für den Tag kann man sich einbilden, er sei morgens und abends derselbe.

Und der Baum? Man kann seinen Stamm anfassen, jahrelang scheint er derselbe. Erst nach Jahren merkt man: Er ist gewachsen. Der Stamm hat sich verzweigt. Die Blätter wachsen im Laufe von Wochen. Aber die Wochen-Spanne ist für viele Menschen das Höchste an Dauer, das sie wahrnehmend erfassen.

Nun gar der Wald. Den Wald kann man nicht anfassen. Fragt man Mitmenschen, was Wald ist, hört man: Viele Bäume nebeneinander. Was es aber mit dem »viele« auf sich hat und was »nebeneinander« bedeutet – da geht es über die Hutschnur hinaus, es wird dialektisch.

Soll gar die Menschengeschichte verstanden werden, gibt es überhaupt nichts anzufassen. Ein Denkmal ist noch lange keine anfaßbare Geschichte. Museen zeigen höchstens Bojen der Ströme. Will man aus einer Ritterburg oder

einer stillgelegten Zeche Geschichte herauslesen, muß man zuvor schon viel gelernt haben.

Wir haben es mit vier Tatsachen zu tun: Meist fällt uns Entwicklung nicht auf. Philosophen sagen, es gibt unwesentliche und wesentliche Wandlungen. Wenn wir aber selber etwas vorwärtspushen, kommt es drauf an, wie weit wir gehen. Da kann es passieren: Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage, (Goethe) und umgekehrt! Dazu Engels MEW 20 Seite 158: »... schlägt das Fürstenheer um in ein Volksheer«.

Schließlich die Frage: Kann man das Netz gesellschaftlicher Beziehungen mit den Händen anfassen? Karl Marx schrieb: »... die Theorie wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift.« Doch wie entsteht Fähigkeit von Massen, die eigene Kraft und die Folgen eigenen Versagens zu verstehen? Die Gegenwart als gestaltbar zu erkennen? Sodaß eine menschliche Gesellschaft entsteht? Friedrich Engels, der Revolutionär, der 1845 mit dem Werk »Die Lage der arbeitenden Klasse in England« debütiert hatte, zielt in dieses Dilemma.

Er schrieb 1877: »Für den Metaphysiker sind die Dinge und ihre Gedankenabbilder, die Begriffe, vereinzelt, ... starre, ein für allemal gegebene Gegenstände... Er denkt in lauter unvermittelten Gegensätzen: seine Rede ist ja, ja, nein, nein, was darüber ist, ist vom Übel. Für ihn existiert ein Ding entweder, oder es existiert nicht: ein Ding kann ebenso wenig zugleich es selbst und ein andres sein... Diese Denkweise erscheint uns auf den ersten Blick deswegen als äußerst plausibel, weil sie diejenige des gesunden Menschenverstandes ist. Allein der gesunde Menschenverstand, ein so respektabler Geselle er auch in dem hausbackenen Gebiet seiner vier Wände ist, erlebt ganz wunderbare Dinge, sobald er sich in die weite Welt der Forschung wagt, und die metaphysische Anschauungsweise ... stößt doch jedes Mal früher oder später auf eine Schranke, jenseits welcher sie einseitig, borniert, abstrakt wird ... weil sie über den einzelnen Dingen den Zusammenhang, über ihrem Sein ihr Werden, über ihrer Ruhe ihre Bewegung vergißt, weil sie vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht.« (MEW 20 Seite 21)

Engels ergänzte: »Hard and fast lines mit der Entwicklungstheorie unverträglich. ... Die Dialektik, die ebenso keine hard and fast lines, kein unbedingtes, allgültiges Entweder-Oder! kennt, die die fixen metaphysischen Unterschiede ineinander überführt und neben dem Entweder-Oder! ebenfalls das Sowohl dies – wie jenes! an richtiger Stelle kennt..., ist die einzige ihr ... angemessene Denkmethode.« Und mit Blick auf Gegensätze: »ihre vorgestellte Starrheit ... (ist) erst durch unsre Reflexion in die Natur hineingetragen.« (MEW 20 Seite 482 bzw. Seite 14. In demselben Sinne Karl Marx, ausdrücklich in DAS KAPITAL, MEW 23 Seite 391) Und Lenin schrieb: »Das gewöhnliche Vorstellen erfaßt Unterschied und Widerspruch, nicht aber das Übergehen von dem einen zum andern, das aber ist das Wichtigste.« (W. I. Lenin: Werke Band 38, S. 133) Dr. RAINER THIEL

Diktatur des Pekunariats

Nicht ein Verschreiber, sondern ein ähnlich klingender, von der zurzeit herrschenden Klasse verschriener Begriff stand für die Überschrift Pate. Die Herren des Geldes sind dabei, sich als Diktatur hoffähig zu machen und man hört und staunt nur, was ihnen da doch alles für Mittel und Wege genehm sind. Wenn z.B. vor Monaten noch starke Kritik am Gesellschaftssystem in China zu hören war, äußern dieselben Kritiker heute sogar eine gewisse Sympathie und liebäugeln mit der Möglichkeit, ob es nicht eine kleine ideologische Anleihe bei dem starken Wirtschaftsfaktor China geben könnte, um das zerrüttete kapitalistische System Europas zu retten.

Was sich die finanzstarken Länder auf dem G 20 Gipfel in Nizza leisten, ist die reine Diktatur der Finanzoligarchen an Griechenland. Es ist ein Eingriff in Freiheit und Demokratie des Volkes, wenn Griechenland und seine Regierung soweit erpreßt werden, daß ein kleines demokratisches Mäntelchen von Herrn Papandreou schon zu viel ist. Eine vorgespielte Basisdemokratie als Beruhigungsmittel für das Volk rettet nicht das ausländische Kapital. Es müssen härtere Bandagen angesetzt werden. Mit der üblichen Methode des Auslassens und Vertuschens der wahren Ursachen wird ein neues Täuschungsmanöver riskiert, um das Volk im eigenen Land nicht aufsässig werden zu lassen.

Als Übeltäter der Misere werden wieder die »Anderen« markiert. Griechenland hat eben über seine Verhältnisse gelebt! Das ist es! Dabei hat man dieses wirtschaftlich schwache Land in diese Situation gedrängt und tut es noch immer. Wie anders soll man es sonst verstehen, daß, trotz leerer Kassen, Griechenland jetzt U-Boote von der BRD kaufen muß. Die NATO fordert seine Opfer für den »Schutz des christlichen Abendlandes«?!

Oder vielleicht wiederum doch nur, um die Kassen der Profiteure in Deutschland zu füllen? Es ist ein Ding ohne Ende: NATO-Krieg zur Sicherung der Interessen des Kapitals durch: Rüstung, Auslandseinsätze, Angriffsdrohungen gegen Unfolgsame und schließlich Vernichtung materieller Güter und Töten von Menschen unter dem Vorwand von humanitärer Hilfe.

Aber das Spiel ist erkannt. Mehr und mehr Menschen in Grenzen überspringenden Bewegungen von »attac«, »campact«, »occupy« u.v.a.m. schließen sich in machtvollen Demonstrationen zusammen, um den Machthabern in den Arm zu fallen und die Hände zu binden. Der friedliche Protest auf der Straße ist das Mittel zur Rettung demokratischer Grundrechte. Von der Mehrheit der in den Parlamenten von Gemeinden bis zum Bundestag sitzenden Abgeordneten ist kaum ein Protest zu erwarten. Sie haben sich an die Geschäftsordnungen, Fraktionszwänge und Erörterungen zur Lösung von Sachfragen zu halten, die natürlich auch wichtig sind. Aber wer bestimmt die große Politik? Ein paar Hände voll linker Abgeordneter, die zudem noch innerlich zerstritten sind, werden die Abstimmungsmaschinerie des Parlaments nicht im Sinne der protestierenden Mehrheit des Volkes verändern. Die Straße ist unser Platz, um den Willen des Volkes zu artikulieren.

Der nächste Protest findet am 12. November 2011 ab 14 Uhr in Berlin am Gebäude des Bundestages statt.

**»Umzingeln« ist die Parole!
»Banken in die Schranken«!**

Lassen Sie sich nicht einschüchtern. Teilnahme zählt! Wie schreibt Prof. Max Otte in seinem Buch? – »Der Crash kommt!«

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Biogas und Naturschutz

Kürzlich fand die »6. Fachtagung Biogas: Welche Chancen und Risiken birgt die EEG-Novelle?« des Landesumweltamtes statt. Wenn Umweltministerin Anita Tack der Auseinandersetzung mit den Konsequenzen der Novelle des EEG einen höheren Stellenwert einräumen will, dann darf sie nicht allein darüber diskutieren, wie sich die Begrenzung der Maiszufuhr auf 60 Prozent auf die produzierte Biogasmenge auswirken wird. Es gibt ein weiteres gravierendes Problem, das auch das neue EEG nicht löst, nämlich die Konzentration von Energiepflanzen, insbesondere Mais, in Regionen, wo traditionell kein oder deutlich weniger Mais angebaut wurde. Und das hat in kurzer Zeit schon zu dramatischen Folgen geführt. So vollziehen sich in diesen Regionen gravierende Änderungen in der Agrobiodiversität. Diese Veränderungen sind inzwischen durch den Rückgang der Beikräuter-Arten, von Insekten,

Kleinsäugetern und Vögeln in der Agrarlandschaft sicht- und spürbar geworden.

Die Fachtagung klammert diese Problematik völlig aus. Dabei ist es doch extrem wichtig, für Akzeptanz in der Bevölkerung zu sorgen, wenn man erreichen will, daß mit der Biogasproduktion ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird – die Energie- und Klimaschutzstrategie des Landes Brandenburg sieht bis 2020 einen Anteil von 49 Prozent vor. Aber das gelingt nicht, wenn Biogas zu Lasten der Biologischen Vielfalt produziert wird. Und wenn das EEG dieses Problem nicht löst – Fragen der guten fachlichen Praxis auch nicht lösen kann – sind die Länder, die für Naturschutz zuständig sind, am Zug. Frau Tack hätte wenigstens in einem Tagungs-Beitrag Maßnahmen des Landes Brandenburg vorstellen müssen, wie diesem Dilemma begegnet werden soll.

CORNELIA BEHM

Martinsnacht und Märtyrer

11. November 2011, Freitag, Martinstag, Es geschah an Sankt Martin... Sagenhafte Wanderung in die Martinsnacht mit weißem Wassernix, Riesenlebensbaum, Kesselmoor und wilden Würsten.

Heute geht es auf eine sagenhafte Wanderung der besonderen Art. In dieser Nacht soll der weiße Wassernix auf dem Baasee erscheinen. Entgegen der untergehenden Sonne wandern wir durchs Brunnental zum Teller. Weiter geht es durch den Wald der 1000 Augen in die dunkle Schlucht am Kesselmoor, wo die Wilde Jagd die Nacht erwartet. Erreichen wir die Riesenlebensbäume, wird es wieder etwas heller. Der Baasee ist erreicht. Am Ilsetempel wird gemeinsam der Sage vom Köhlermädchen Ilse gelauscht. Um den See geht es vorbei an Brandenburgs höchstem Baum zur Waldschänke, wo uns der Wirt mit Wilden Würsten, Kuchen und anderen Leckereien erwartet. (ca. 15.30 Uhr) Nach einer ausgiebigen Rast geht es gegen 17 Uhr auf dem nun langsam dunkler werdenden Siebenhügelweg zurück, den wir etwas erleuchten werden (Sonnenuntergang 16.17 Uhr). Gegen 19 Uhr erreichen wir den Ausgangspunkt. Die ganze Wanderstrecke entlang werden schaurig-schöne Sagen erzählt. Hinweg 6 km/Rückweg 6 km. Wer möchte, kann auch nur eine Hälfte der Tour machen und ab Baasee mit Kleinbus zurückfahren. Wanderleiter Bernd Schmidt/Bernd Müller.

Treff: 13.30 Uhr Fachklinik Moorbad, Gesundbrunnenstraße 33, 16259 Bad Freienwalde
Gebühren inkl. Fackel: Erwachsene 2,90 Euro; ermäßigt Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber 1,40 Euro; Mitglieder NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß kostenfrei.

20. November 2011, Sonntag, Die Märtyrerglocken von Prötzel; Dorfspaziergang

Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und der Förderverein Prötzeler Schloßkirche e.V. laden zu einem besonderen Dorfspaziergang ein. Herr Rolf Kaupat vom Förderverein Prötzeler Schloßkirche e.V. organisierte für diesen Tag eine interessante Führung. Er wird durch das Dorf Prötzel führen. Besonderer Augenmerk wird auf die restaurierte Schloßkirche mit Ihrer Gruft gelegt werden. Die Ausstellung Dorfgeschichte wird besucht. Das noch unrestituierte Schloß soll ebenfalls aufgesucht werden. Bernd Müller wird die Sage von der untergegangenen Stadt im Blumenthal erzählen. Am Ende des Spazierganges sind Kaffee und Kuchen vorgesehen. Dauer der Führung etwa 2,5 Stunden. Treff: 13.30 Uhr Kirche Prötzel, 15345 Prötzel. Gebühren: Erwachsene 2,20 Euro, ermäßigt Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber 1,10 Euro, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Wir bitten jeweils um Anmeldung unter 03344-333200.

Liebesgrüße nach Havanna

von Dr. Steffen Peltsch

Man soll seine Haltung, will man kein Opportunist sein, nicht den jeweils wehenden Winden anpassen, denn die Winde wechseln, und einer, der sich mit ihnen dreht, bezahlt mit dem Verlust an Würde und Selbstachtung. Freilich müssen Würde und Selbstachtung erst einmal vorhanden sein; wem sie fehlen, der streift schon mal ganz hastig seine rote Hülle ab schlüpft hurtig ins neue Kostüm. Nur mal als Beispiel.

Damit soll mit keiner Silbe der Sturheit, der mit ihr eng verbandelten Dummheit und der Uneinsichtigkeit das Wort geredet werden – Eigenschaften, die Veränderungen ignorieren und verhindern, daß sich einer den neuen Problemen und Konflikten stellt.

Dem von heut auf morgen umgesattelten Wendling nehme ich nicht den Gesinnungswandel übel, sondern die Ruckartigkeit, die diese jähe Wendung ungläubhaft macht, und den Betonköpfen, die noch immer und immer mal wieder – auch in der BÜRGERPOST – Mielke und der Mauer nachtrauern, werfe ich eine schon tragikomische Mißachtung dialektischer Zusammenhänge vor. Geschichte wird durch Ignoranz nicht anders, als sie war.

Die CDU – reden wir mal von Parteien – bezieht, zumindest im Osten, einen großen Teil ihrer Agitprop-Substanz aus dem andauernden Draufdreschen auf die Linken. Vom Großen Kanzler Kohl ehemals als »Lakientruppe der SED« eingeordnet und bald darauf, als ihn der »Mantel der Geschichte« streifte und ihm die Brauchbarkeit der Blockflöten für den gesamtdeutschen Wahlkampf bewußt wurde, als »Partei der Unangepaßten« aufgehübscht, hat die famose Ost-Union sich nie offensiv und ehrlich mit sich selbst befaßt. Man tauschte Gerald Götting (wer war das?) gegen den Dicken aus der Pfalz und fertigt. Nie erinnert, daß einer der allerersten Staatsanwälte ein CDU-Mann war, daß um Orden und Ämter gebuhlt wurde per Ergebnissadressen, daß der Vater unserer Landesmutter von seinen Pastorenkollegen gemieden wurde wegen allzudichtem Dransein »am System«. Die neue »Orientierung« ging ratzbatz und spülte Typen wie Ananas-Krause nach oben. Siehe oben – das Tempo..., die Glaubwürdigkeit...

Die Linken, reden wir mal weiter von Parteien, darf für sich, was den Osten betrifft, in Anspruch nehmen, vergleichsweise frei von ehemals Angepaßten zu sein. Wer aus Bravheit, Gründen des beruflichen Fortkommens oder der lieben Ruhe wegen in die SED eingetreten war, mutierte zur Wende plötzlich zum Kühnling und schmiß sein Parteibuch weg. In der Eberswalder Kreisleitung soll sogar ein Wäschekorb gestanden haben für die Entsorgung der »Dokumente«. Nach der so erfolgten Häutung und ein bißchen vorauseilendem Gehor-

sam standen den kernigen Charakteren die Wege ins neue Leben offen bis hin zur Krönung der irdischen Existenz – der Übernahme ins Beamtentum.

Das Restpersonal der sogenannten Partei der Arbeiterklasse setzte sich aus Menschen zusammen, die trotz der Verhöhnung der großen Idee von Freiheit, Demokratie und Menschenwürde durch den »real existierenden Sozialismus«, nicht bereit waren, den aktuellen Weltzustand ein für allemal zu akzeptieren. Viele von ihnen waren einst zu feige, die dressierte Partei zu verlassen, brachten aber jetzt Mut genug auf, in der PDS zu bleiben. Zum verbliebenen Stamm sind aber auch jene zu zählen die rrrrrrevolutionärer noch als die Kommunistische Plattform, dem Klassenfeind die Schuld geben am Verenden der DDR, die sie nach Kräften idealisieren. Sie haben zwar wenig zu sagen, das aber tun sie laut und immer mit dem Ergebnis, daß sich die Arbeiter und Bauern von heute an die Stirn greifen.

Nun machte erneut und zum denkbar »günstigsten« Zeitpunkt (Wahlen in Berlin, Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern) die Führung der Linken etwas, das den Altkadern Wasser auf die Mühlen leitet und der bürgerlichen Medienwelt auch. Freude auf beiden Seiten – die einen freut der alte Ton und die alte Linie, die anderen das großartige Eigentor.

Castro wurde 85, was ihm gegönnt sei. Der Mann hat mit seinen todesmutigen Genossen Kuba befreit, das unter Batista zum Boddell und zum Drogeneldorado der USA gekommen war, und unvergeßlich sind die Bilder vom Einmarsch der Revolutionäre ins jubelnde Havanna. Hohe Achtung verdient Fidels Rolle während der Schweinebuchtinvasion, als er im vordersten Panzer gegen die Contras rollte. Und keiner kann leugnen, daß der Inselstaat – immer unter Boykott und dauernder Bedrohung der USA – ein für Lateinamerika beispielhaftes Bildungs- und Gesundheitswesen geschaffen hat. Daß nicht alles andere so beispielhaft zugeht, sieht man daran, daß Castros Bruder derzeit die Geschicke des Staates lenkt. »Demokratie« in Familienbesitz – wie in Rumänien, wie in Nordkorea, wie unter Margot und Erich? Da stimmt was nicht, mit Verlaub.

Daß Parteitage über Jahrzehnte ausfallen, Wahlen mit Ja-Stimmen jenseits der 95 % ausfallen, daß ganze Stadtviertel in Havanna zusammenfallen und keinem der führenden Genossen ernsthafte Reformen einfallen, hat mit dem großen Anspruch von einst nichts mehr zu tun. Die Redensart, man müsse darben und verzichten, damit die Zukunft gülden werde,

verfängt nicht mehr nach drei Generationen. Stocksteif huldigen die alt gewordenen Genossen in den »Gremien« ihren Idealen, die sie zu Dogmen verkommen ließen. Es ist ein Trauerspiel, und es ist auch ein weiteres Beispiel dafür, wie Revolutionen ersaufen, wenn nicht »permanente Selbstkritik« (Lenin) die »Mindestfreiheiten der Rede, des Denkens und der Kunst« (Trotzki) garantiert sind. Keiner hört mehr was von den einst weltberühmten Filmen kubanischer Regisseure, keiner was von den Malern, die seinerzeit weltweit Furore machten mit ihren expressiven Gemälden, und viele der kubanischen Dichter zogen es vor, ihr Land zu verlassen.

Unter diesen Umständen kann man, achteinhalb Jahrzehnte hin und Fidel her, nicht in einer Tonart gratulieren, die überdeutlich an die Glückwunschsadressen des Politbüros erinnert, wenn ein Großgenosse ein Jubiläum beging. Sogar das eigens für solcherlei erfundene Adjektiv »unverbrüchlich« taucht auf. Sicher, ein Gratulationsschreiben muß Anstand haben, aber auch ehrlich sein – sonst wird es platt und parolig. Im Zweifel wäre unüberhörbares Schweigen immer noch die beste Variante gewesen.

Nimmt man zu diesem Brocken an Unüberlegtheit noch das Lavieren einiger Linker zum Jahrestag des Mauerbaus hinzu, die, die damalige Weltlage als Grund für die »Grenzsicherung« verantwortlich machen, obwohl es nur ein Grund und nicht einmal einer der akuten Gründe war, und setzt die anonym mordenden Selbstschußanlagen, die immer nur DDR-Bürger, nie eindringende faschistische Schutzwallbrecher töteten, und all die anderen Entsetzlichkeiten dagegen, von denen einige der späten Humanisten nicht reden wollen, dann sind das Anzeichen für einen Zustand der Linken, der besorgt machen muß. Und für den man gewiß nicht den »Klassenfeind« verantwortlich machen kann. Klartext muß her! Es kann nicht so bleiben, daß Gregor Gysi immer wieder alles geraderücken muß. Und es wird auf Dauer auch nicht reichen, daß in den Kommunen die Linken ordentlich arbeiten, so ordentlich, daß die SPD heimlich oder offen das abkuppert, was sie früher »Populismus« nannte.

Wer die Mauer, egal, ob klammheimlich oder lauthals, relativiert oder einem letzten Endes zum Diktator mutierten Rebellen unverbrüchlich verbunden ist, hat an der Spitze einer sozialistischen demokratischen Partei nichts zu suchen. Wegen deren Glaubwürdigkeit und auch wegen der Wähler. Noch trennen die Linken neun Prozentpunkte von der FDP. Sieht man sich allerdings Guido Westerwelle, den Weinschlund Brüderle und den Notkonfirmanden Rösler an, müßte da was zu machen sein.

Spenden für Cuba Si: DIE LINKE/Cuba Si,
Berliner Sparkasse, BLZ 1005 0000, Konto 1322 2210
Immer den Verwendungszweck »Milch für Kubas
Kinder« oder »Kuba muss überleben« angeben!

Besuch im Tierpark:

Majestätisch, graziös und elegant

Im vorigen Monat war für die Bewohner unserer »Senioren-WG« ein Besuch im Eberswalder Tierpark angesagt. Ich war davon nicht sehr begeistert, ließ mich dann aber doch überzeugen, mitzufahren – und ich habe es nicht bereut.

Das Wetter war angenehm und der Tag wunderschön. Die Raubtiere – Löwen und Tiger – haben es mir angetan. Besonders die Tiger. Es sind wunderbare Geschöpfe. Ihre Bewegungen sind majestätisch, graziös und elegant, einfach

faszinierend. Stundenlang könnte ich zuschauen, wie stolz sie durch die Gegend schleichen.

Selbst der Affenkäfig hat seine Reize. Dieses lustige Völkchen mit seinen akrobatischen Bewegungen sind schon einen Hingucker wert!

Es hat mir großartig gefallen und ich bin jederzeit bereit, den Besuch zu wiederholen.

Ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Camilla, die uns diesen Besuch im Tierpark ermöglichten.

ANNEMARIE MARKMANN (93 Jahre)

Kräuterhochbeet in der »Arche Noah«



Mit der offiziellen Übergabe ihres Kräuterhochbeetes schlossen die Eltern und Erzieherinnen der Kita »Arche Noah« im Brandenburgischen Viertel ihr jüngstes Projekt ab, das mit rund 7.500 Euro aus dem Förderprogramm »Stärken vor Ort« unterstützt wurde.

Der kleine Kräutergarten wurde von Eltern, in der Hauptsache von jungen Müttern aus dem Elterncafé unter der handwerklichen Anleitung von Armin Weber und in der pädagogischen Begleitung durch Jenny Wörpel, Koordinatorin im Eltern-Kind-Zentrum, das seinen Sitz in der Kita »Arche Noah« hat, erbaut und am Ende bepflanzt.

Es wurde viel miteinander geredet, in kleinen Teams wurde gebuddelt, gesägt, gehämmert, gepinselt und gepflanzt. Das Ergebnis ist ein wunderschöner, naturbelassener, begehbare kleiner Kräutergarten mit Bänken zum verweilen und selbstverständlich mit Kräutern zum probieren. Alle Beteiligten hatten viel Freude und haben diese gemeinsame Zeit ge-

nutzt, um Erfahrungen sowie Erlebnisse mit ihren Kindern oder Familien auszutauschen, zu erzählen und neue Ideen für den alltäglichen Gebrauch zu sammeln.

Schließlich gilt es allen Beteiligten Dank zu sagen für ihre Hilfe und für ihre Zeit, die sie für dieses Projekt aufgebracht haben. Und natürlich danken wir Jenny Wörpel für ihren unermüdlichen Einsatz, die Projektgelder zu organisieren und stets den Überblick zu behalten.

Herzlichen Dank auch an Armin Weber, der viel Geduld bewies und mit seinem ungewöhnlich hohen Maß an Wissen über Holz, seinem künstlerischen Anspruch sowie seinem handwerklichen Geschick beeindruckend konnte.

RENÉ GLOEDE

Die unglückliche Prinzessin

Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. luden am ersten Oktobersonntag zur Radtour nach Sonnenburg ein. Leider folgte nur eine kleine Gruppe der Einladung zur 20 Kilometer Tour. Nach dem Start am Moorbad Bad Freienwalde fuhren die Teilnehmer an der Köhlerei vorbei und durch das Lindentor zur Lindenhütten bei den Vier Linden. Der Anstieg wurde gemeinsam gemeistert und alle kamen gut in Sonnenburg an.

Hier wartete bereits die Schloßherrin Evelyn Bülow auf die Gruppe und lud zu einer interessanten Führung um und in das Schloß ein.

Dabei erzählte sie die Geschichte von der unglücklichen Prinzessin vom Schloß Charlottenburg zu Berlin, welche sich gleich in beide Prinzen der Sonnenburg verliebt hatte. Bei einem Gelage sollen sich im Streit um besagte Prinzessin beide gegenseitig tödliche Verletzungen zugezogen haben. Das seltsame dabei war, das die Prinzessin, welche gerade auf der Charlottenburg weilte, gegen Freienwalde zeigte und ausrief: »Seht ihr denn nicht, daß sich zwei Brüder gegenseitig morden«, was natürlich erst einmal zu Unverständnis führte. Erst später drang die Kunde zum Schloß Charlottenburg.

Was sonst noch passierte...

Verwehlungen

Als Vizkanzler Rösler auf Wahlwerbetour unlängst einen Kindergarten besuchte, kam es zu einem peinlichen Vorfall. Als die Kiga-Leiterin den FDP-Mann ohne weibliche Begleitung entdeckte, fragte sie ihn in mütterlicher Besorgtheit: »Hat dich die Mutti allein herkommen lassen?«

Waffenbrüder

Bei Biathleten, Turnern, Rennrodler, Ballsportlern und Schwimmern samt der entsprechenden -Innen taucht, werden deren Jobs öffentlich, immer häufiger der Begriff »Sportsoldat« auf. Wird als zwischen Sport- und Schießsoldaten unterschieden? Müssen Sportsoldaten nach Afghanistan? Darf man im Kontext mit »Sportsoldat« das berühmte Tucholsky-Zitat benutzen?

DDR-Sportler ähnlicher Tätigkeit wurden – seinerzeit – von den Westmedien als »Staatsamateure« bezeichnet. Ist es schon Ostalgie, wenn man daran erinnert?

Arge Püffe

Tagsüber bildeten sich sächsische SEK-Eltrekämpfer, die zum Erfahrungsaustausch mit Hamburger Kollegen in der Hansestadt weilten, im Waffenhandwerk und in Polizeitaktik weiter. Abends, fern von dor Muddi in Dräsdn, zog das Diem in einen Puff auf der Reeperbahn. Nach stattgehabter Föscherei gab es Zoff wegen der Bezahlung und Raufhändel mit den Türstehern. Letztere schlugen die Sachsen kurz und klein und übergaben sie fest verschnürt an die Ordnungsorgane. Im freistaatlichen Innenministerium wird, so heißt es, über Konsequenzen nachgedacht. Man überlegt, ob man Doppelfaust-Rudi (Wohnort St. Pauli) eine befristete Dozentur an der sächsischen Polizeiakademie anbietet. Fachgebiet Sitte mit dem Themenschwerpunkt: Schnellentschärfung gnausricher Grallmacher aus dem Gönigreich Sachsen.

P.S.

Auch die Geschichte vom Spielhaus des Außenministers Molotow, welches er Außenminister Ribbentrop schenkte und das heute in Sonnenburg noch immer steht, wurde erzählt.

Nach dieser interessanten Rast ging es weiter in das romantische Friedenstal. Hier denkt man sofort an Urlaub und Ferne, dabei ist man ganz nahe bei Altranft.

Der Weg führte weiter nach Altgaul, wo am Storchenturm selbstgebackener Apfel- und Pflaumenkuchen wartete. Im Storchenturm erfuhr man dann noch sehr viel wissenswertes um den Storch und um die Brennöfen damaliger Zeit. Glücklicherweise erreichten alle wieder den Ausgangspunkt.

CASTOR STOPPEN 2011

25. bis 28. November rollt der Castor-Zug ins Wendland

Anti-Castor-Soli-Party

Freitag, 11.11., 20 Uhr, Studiclub Eberswalde

Der nächste Castor steht vor der Tür. Aus diesem Grunde veranstalten wir eine Anti-Castor-Soli-Party im Studiclub, um die Proteste gegen den Transport zu finanzieren.

Kommt zahlreich und ihr bekommt gleich die aktuellsten Infos zum diesjährigen Castortransport vom 24.-28.11. im Wendland und die verschiedenen Gegenaktionen wie schottern, blockieren etc.

Soli-Eintritt: 3 Euro. Musik: DJs mit Musik aus aller Welt (inkl. Eng-Tanz-Party).

Castor-Aktionstraining

Blockieren, Schottern und vieles mehr

Sonntag, 20.11., ab 13 Uhr

Um gut vorbereitet in die Protestaktionen zu starten veranstalten wir ein Aktionstraining, welches zur Vorbereitung auf die konkreten Aktionen dient. Auseinandersetzung mit Gewaltfreiheit und Gewalt, Umgang mit Angst und Aggression, Entscheidungsfindung, Bezugsgruppensystem, Einüben von geplanten Aktionen, Informationen über juristische Folgen. In Rollenspielen wird die geplante Aktion erprobt.

Der Ort wird auf Anfrage bei linke-aktion-ew@gmx.de bekannt gegeben.

CASTOR STOPPEN 2011

25.11. bis 28.11.2011: Wenn im November zum 13. Mal der Castorzug vom Cap de La Hague ins Wendland rollt, dann werden die Aktions- und Protesttage zum Kristallisationspunkt einer Bewegung, die noch lange nicht da ist, wo andere sie sehen (wollen): am Ziel ihrer Träume? Nö. Am Ende ihrer Kraft? Das glaubt mal bloß nicht!

Die Politik feiert ihren Atomausstieg und hofft, ein unbequemes Thema los zu sein. Was gibt es zu feiern? Acht AKWs, deren Gefahrenpotential jetzt deutlich verringert wird. Stimmt – das ist richtig gut. Aber sonst? Ein Standby-Ausstieg, viele Jahre garantiertes Restrisiko, der Weiterbau des Endlagerprojekts in Gorleben – nein, dieser Konsens kann nicht unserer sein. Dem Versuch, einen alten Konflikt unsichtbar zu machen, müssen und wollen wir etwas entgegenzusetzen: unser Widerstand geht weiter. Entschlossen, vielfältig und dauerhaft spürbar. Ja! Wir stören.

– Bunte Widerstandsaktionen im Wendland, von Schottern bis zu Blockaden für jeden Geschmack ist wieder etwas dabei!

Meldet euch wenn ihr Interesse habt mit zu machen oder nähere Infos wollt unter der Mailadresse: linke-aktion-ew@gmx.de

Linke Aktionsgruppe Eberswalde

Pogromnacht-Gedenken

9. November 2011, 18 Uhr

Eberswalde (prest-ew). Am 9. November, um 18 Uhr, laden der Ökumenische Arbeitskreis Eberswalde und die Stadt Eberswalde gemeinsam zu einem Gedenken an die Novemberpogrome 1938 ein. Wie in vielen Städten Deutschlands, so fiel auch in Eberswalde in dieser Nacht die Synagoge einem Feuer zum Opfer, das nationalsozialistische Helfershelfer gelegt hatten. Am Standort der ehemaligen Synagoge in der Goethestraße wird an die antisemitische Hetze erinnert und der zahlreichen Opfer gedacht, die der Holocaust in Eberswalde in den Folgejahren nach 1938 kostete.

Alle Eberswalderinnen und Eberswalder sind eingeladen, sich gemeinsam der Verantwortung zu stellen und sich des Verlustes bewußt zu werden, den die Vernichtung jüdischen Lebens in Eberswalde bis heute bedeutet. Die Ansprachen von Bürgermeister Friedhelm Boginski und einem Vertreter des Ökumenischen Arbeitskreises werden musikalisch begleitet.

Veranstaltungen der Buchhandlung Mahler

19. November: 17 Uhr, Eiscafé Venezia
Lesung mit Marianne Suhr
Roter Milan

25. November: 19 Uhr, Märchenvilla
Gojko Mitic & Prof. Eberhard Görner
In Gottes eigenem Land

16. Dezember: 19 Uhr,
Lesung mit Ernst-Georg Schwill

Das Team der Buchhandlung Mahler

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Hartmut Lindner, Gerd Markmann (3), Rolf Richter

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktionsschluß: 3. November 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 1.12.2011, 12 Uhr.